



Sandra Kraft

VOM HÖRSAAL AUF DIE ANKLAGEBANK

*Die 68er und das Establishment
in Deutschland und den USA*

campus

Vom Hörsaal auf die Anklagebank

Sandra Kraft, Dr. phil, promovierte an der Universität Heidelberg und ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Seminar der Universität Münster.

© Campus Verlag GmbH

Sandra Kraft

Vom Hörsaal auf die Anklagebank

Die 68er und das Establishment
in Deutschland und den USA

Campus Verlag
Frankfurt/New York

© Campus Verlag GmbH

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie.
Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.
ISBN 978-3-593-39294-3

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2010 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlagmotiv: Rainer Langhans, Mitglied der Kommune 1, bei seiner Verhaftung am

1. Oktober 1967. © Associated Press

Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).

Printed in Germany

Besuchen Sie uns im Internet: www.campus.de

© Campus Verlag GmbH

Inhalt

Vorwort.....	7
Einleitung.....	9
1. Die sechziger Jahre: Ursprünge und Entwicklung der Proteste.....	27
1.1 Unruhige Zeiten.....	27
1.2 Anfänge und Entwicklung des amerikanischen Protests	29
1.3 Anfänge und Entwicklung des westdeutschen Protests	42
1.4 Gemeinsame Entwicklungslinien und Differenzen	60
2. Auseinandersetzung: im Hörsaal	64
2.1 Die amerikanische Universitätsrevolte: zwei Beispiele	64
2.1.1 Berkeley, 1964.....	64
2.1.2 Columbia, 1968.....	86
2.2 Der Konflikt an der Freien Universität Berlin	114
2.2.1 Von der institutionellen Herausforderung zur Mobilisierung.....	118
2.2.2 Provokationen – die permanente Universitätsrevolte	137
2.2.3 Ausblick: Go-ins und Kritische Universität.....	148
2.3 Revolte auf dem Campus: Unterschiede und Gemeinsamkeiten.....	155
2.3.1 Das »Konzept Universität«	155
2.3.2 Autoritätskonflikt	158
2.3.3 Strukturelle Unterschiede und die Rolle der Akteure.....	160
2.3.4 Eskalation: die Dynamik der Proteste.....	163
3. Schlachten: auf der Straße	167

3.1 »Law and Order« in Chicago, August 1968	167
3.1.1 Erwartungen	167
3.1.2 Vorbereitungen	175
3.1.3 Bestätigungen: Showdown in Chicago	184
3.1.4 Bewertungen	198
3.2 Der 2. Juni in Berlin und seine Folgen	205
3.2.1 Die Vorgeschichte	205
3.2.2 Das Ereignis	219
3.2.3 Die Folgen	233
3.2.4 Zusammenfassung: die Auseinandersetzung auf der Straße	254
3.3 »Pigs« und »Radikalinskis«: Straßenkämpfe im Vergleich	257
3.3.1 Kritische Ereignisse im Kontext	257
3.3.2 Erwartungshaltungen	260
3.3.3 Taktik	264
3.3.4 Einfluss und Reaktion von Politik und Gesellschaft	268
3.3.5 Auswirkungen der Interaktion zwischen Polizei und Demonstranten	271
4. Konfrontation: im Gericht	274
4.1 USA: das Dilemma der »politischen Verteidigung«	274
4.1.1 Berkeley: das erste Massenverfahren	274
4.1.2 Verschwörung in Chicago	295
4.2 Deutschland: APO-Prozesse	321
4.2.1 Strafverfahren gegen die Kommune 1	321
4.2.2 Der Kaufhausbrandstifter-Prozess	357
4.3 Auf der Bühne des Gerichts: amerikanisches und deutsches Theater	383
4.3.1 Strafverfahren als soziale Kontrolle?	383
4.3.2 Die politische Verteidigung	387
4.3.3 Die Rolle der Angeklagten und ihrer Verteidiger	390
4.3.4 Dynamik der Prozesse	396
4.3.5 Radikalisierung durch die Justiz	400
Schluss	404
Abkürzungsverzeichnis	414
Archivbestände	416
Literatur	419

Vorwort

Die nachfolgende Studie entstand als Dissertationsprojekt an der Universität Heidelberg und wurde im Herbst 2008 abgeschlossen. Denjenigen, die zum Gelingen dieser Arbeit beitrugen, möchte ich für ihre Unterstützung an dieser Stelle herzlich danken.

Ohne die finanzielle Förderung der *Studienstiftung des Deutschen Volkes*, des *Deutschen Historischen Instituts* in Paris und des *German Historical Institute* in Washington sowie des *Schurman-Vereins* in Heidelberg wäre die Verwirklichung dieser Doktorarbeit nicht möglich gewesen.

Für die praktische Unterstützung meiner Forschungsarbeiten möchte ich allen Mitarbeitern der im Quellenverzeichnis aufgeführten Bibliotheken und Archive für ihre Hilfsbereitschaft und ihr Entgegenkommen danken. Besonderer Dank gebührt dabei den Mitarbeitern des *Hamburger Instituts für Sozialforschung*, die mich bei der intensiven Forschungsarbeit unterstützt haben. Vor allem die Mitarbeiter des Archivs unter der Leitung von Herrn Reinhart Schwarz haben nicht nur großes Interesse an meiner Arbeit gezeigt, sondern mir gestattet, auch nahezu unerschlossene Teile des Archivs in Augenschein zu nehmen. Herrn Schwarz bin ich für seine Vorschläge bei der Erschließung des Materials dankbar. Zuletzt sei auch die Flexibilität des Archivs und der Bibliothek erwähnt, die mir auch außerhalb der öffentlichen Besuchszeiten eine nahezu ungestörte Arbeit in ihren Räumen ermöglichten. Ebenfalls zu danken habe ich Dr. Siegfried Lönnendonker, dem damaligen Leiter des Archivs »APO und soziale Bewegungen«, der auch kurzfristige Besuche im Universitätsarchiv der FU Berlin ermöglichte.

Vor allem aber ist es der intellektuelle Gedankenaustausch, der zum Gelingen eines wissenschaftlichen Werkes beiträgt. Das Doktoranden-seminar am Lehrstuhl für amerikanische Geschichte an der Universität Heidelberg in Zusammenarbeit mit dem *Heidelberg Center of American Studies* sowie das *Historical Research Seminar* am GHI in Washington, in dessen Rahmen ich Teile der hier vorliegenden Arbeit präsentieren konnte, haben

entscheidenden Einfluss auf die Formulierung meiner Forschungsfragen gehabt.

Nicht zuletzt richtet sich an dieser Stelle der Dank auch an meinen Betreuer, Professor Philipp Gassert, der maßgeblich die theoretische Richtung, an der sich die vorliegende Studie orientiert, beeinflusst hat. Beiden Betreuern, sowohl Professor Philipp Gassert als auch Professor Hartmut Soell, möchte ich dafür danken, dass sie schon während der Entstehungsphase der Arbeit bereit waren, einzelne Kapitel zu lesen und zu kommentieren.

Darüber hinaus aber gebührt vor allem meinen Eltern Dank, die mich während all der Jahre meines Studiums unterstützt haben und die auch zum Ende meiner Promotionsphase maßgeblichen Anteil an der logistischen Fertigstellung meiner Doktorarbeit haben. Darüber hinaus richtet sich meine Dankbarkeit an alle fleißigen Korrekturleser der Doktorarbeit: vor allem an meinen Vater Karl Kraft, an Claudia Abmann und meine Schwester Daniela Kraft. Danken möchte ich in diesem Zusammenhang auch allen anderen, die mit Korrekturen oder Kommentaren die vorliegende Arbeit begleitet haben, darunter insbesondere meinem Bruder Matthias, Caroline Hoffmann und meinem ehemaligen Geschichtslehrer Werner Schepp. Dass auch die Redaktion des hier vorliegenden und überarbeiteten Manuskripts erfolgreich abgeschlossen werden konnte, ist vor allem meinem Vater zu verdanken, der statt Aufsätze zu korrigieren unermüdlich die mehr als 400 Seiten auf Fehler überprüft hat. Ebenso richtet sich der Dank an Friederike Simon, die kurzfristig ihre Hilfe für die Schlussredaktion zugesagt hat.

Nicht zuletzt aber möchte ich mich an dieser Stelle ganz besonders bei meinem Mann Josip für die intensiven inhaltlichen Diskussionen und Gespräche sowie die tagtägliche Ermunterung auf dem Weg zur Fertigstellung des Manuskripts bedanken.

Cambridge, im Mai 2010

Sandra Kraft

Einleitung

Forschungsstand und Fragestellung

Über 40 Jahre sind seit dem Höhepunkt der »68er«-Revolte vergangen, und noch immer besteht die Kontroverse über die Deutungshoheit, die Wirkungsmacht und das Erbe von »1968« ungebrochen fort. Doch der »Mythos 68« ist längst zum Allgemeinplatz geworden, wird von den »Alt-68ern« genauso instrumentalisiert wie von seinen konservativen und liberalen Kritikern.¹ Je nach politischer Stimmungslage überwiegen in der öffentlichen Debatte entweder jene Argumente, die auf die Errungenschaften der Aufbruchsepoche hinweisen, oder aber es werden die Zerstörung moralischer und kultureller Werte und – zuletzt im Zuge der Debatte um das (abgelehnte) Gnadengesuch der noch immer inhaftierten RAF-Terroristen Klar und Hogefeld² – die Schrecken des Terrorismus heraufbeschworen.

Auch nach jahrzehntelanger Diskussion besteht noch immer Uneinigkeit über die Bedeutung der Bewegung. Obwohl die vorwiegend autobiografisch geprägten Publikationen der ersten Jahrzehnte seit Mitte der 1990er Jahre durch historische und sozialwissenschaftliche Untersuchungen zumindest ergänzt – wenn auch nicht vollkommen abgelöst – wurden, bleibt die wissenschaftliche Annäherung an das emotionsgeladene Jahr durchaus kontrovers.³ Neben einem wachsenden Interesse, eine (wert-

1 Kraushaar, *1968 als Mythos*. Vgl. Aly, *Unser Kampf*. Und zeitgenössisch vgl. Löwenthal, *Romantischer Rückfall*.

2 »Bundespräsident lehnt Klars Gnadengesuch ab«, in: *Spiegel online*, 07.05.2007, (Zugriff am 01.08.2007), online: <<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,481435,00.html>>.

3 Für einen Überblick bis zum 30. Jubiläum vgl. Kersting, »Entzauberung des Mythos«, S. 1–19. Vgl. auch Mausbach, »Historicising ›1968‹«, S. 177–186.

neutrale) Historisierung der sechziger Jahre einzuleiten,⁴ bestehen dennoch die ursprünglichen Paradigmen in gemäßiger Form fort.

Auf der einen Seite stehen jene Studien, die vor allem die Verdienste der »1968er Jahre«⁵ in der Demokratisierung, Modernisierung und Liberalisierung der Gesellschaft sehen,⁶ andere konzentrieren sich ganz auf die kulturellen Umbrüche, wie die Individualisierung persönlicher Lebensstile und das Aufbrechen starrer Gesellschaftsnormen.⁷ Die »Revolutionierung des Alltags«, wie sie von der Kommune 1 proklamiert worden war, fand zwar in einer gemäßigeren Form als von den Urvätern des modernen *WG-Lebens* antizipiert statt, dennoch hat sie im gesellschaftlichen Leben ihre Spuren hinterlassen. Politisch gescheitert, aber kulturell erfolgreich⁸ – so lässt sich dieser Ansatz zur Erklärung der Revolte zusammenfassen. Auf der anderen Seite hat das Thema der Gewalt auch in der Forschung Hochkonjunktur, eine Gemeinsamkeit, die die deutsche Geschichtswissenschaft mit der amerikanischen teilt.⁹ Dahinter steht auch der Versuch, die Ursprünge und Ziele der 68er-Bewegung mit dem Linksterrorismus der 1970er Jahre in Einklang zu bringen.¹⁰ Denn zweifellos sind die Wurzeln der RAF oder der *Bewegung 2. Juni* ebenso in der 68er-Bewegung zu finden wie die der »kulturellen Revolution« oder der Frauenbewegung. Ein Determinismus zwischen Studentenbewegung und Linksterrorismus besteht deswegen dennoch nicht.

4 Ebd. Vgl. weiterhin den immer noch wegweisenden Sammelband von Gilcher-Holtey (Hg.), *1968 – vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft*. Vgl. auch von Hodenberg/Detlef Siegfried (Hg.), *Wo »1968« liegt*.

5 Abgeleitet von dem Begriff »les années soixante-huit« aus der französischen Forschung, der einerseits auf den Höhepunkt der Bewegung hinweist, aber gleichzeitig dem längeren Zeitraum der Bewegung gerecht wird. Zancarini-Fournel, »Vom Mai 68 zu den »68er Jahren«, S. 101–115.

6 Vgl. Herbert, *Wandlungsprozesse*; Roberts, »Erzählungen der Modernisierung«, S. 61–81.

7 So z. B.: Schildt/Siegfried (Hg.), *Between Marx and Coca-Cola*. Siegfried, *Time Is on My Side*. Und Heideking/Helbig/Ortlepp (Hg.), *Sixties Revisited*. Vgl. auch Gienow-Hecht/Schumacher (Hg.), *Culture and International History*. Schmidtke, »Like a Rolling Stone«, S. 51–59. Die Frage nach der Bedeutung kulturellen Wandels für die Interpretation der Studentenbewegung stellte auch Kleßmann. Vgl. Kleßmann, »1968 – Studentenrevolte oder Kulturrevolution?«, S. 90–105.

8 Vgl. dazu auch die Zusammenfassung bei Jarausch, *After Hitler*, S. 136.

9 So beispielsweise Varon, *Bringing the War Home*. Und Anders/Gilcher-Holtey, *Herausforderungen des staatlichen Gewaltmonopols*.

10 Unter diesen Gesichtspunkten initiierte bereits die Bundesregierung ein Projekt zur Erforschung der 68er-Bewegung und ihrer Bedeutung für den Terrorismus. Vgl. Sack/Steinert/Berlit, *Protest und Reaktion*.

Dazwischen stehen jene Positionen, die die Öffnung der Bundesrepublik zum Westen hin und die politische und gesellschaftliche Liberalisierung nicht so sehr als Verdienst der »68er«, sondern als Folge eines bereits in den fünfziger Jahren einsetzenden Struktur- und Wertewandels¹¹ sahen, der durch die Studentenbewegung Ende der sechziger Jahre bestenfalls beschleunigt, nicht aber ausgelöst wurde.¹² Vor allem im Zusammenhang mit der Debatte um die Aufarbeitung des Nationalsozialismus findet darüber hinaus die Hypothese weite Verbreitung, dass die Studentenbewegung zwar gegen die Elterngeneration den Vorwurf des Verschweigens und der Tatbeteiligung erhob, doch von einer echten Aufarbeitung der Vergangenheit weit entfernt war. Vielmehr konnten sich, wie dies von einigen Historikern vertreten wird, antisemitische Tendenzen Ende der sechziger Jahre entwickeln, die vor allem innerhalb extremistischer Gruppen Fuß fassten, aber auch bei weiten Teilen der Neuen Linken zu einem inflationären (und ahistorischen) Gebrauch des Faschismusvorwurfs führten.¹³ Eine wirkliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit fand erst allmählich statt und war somit ebenfalls eher das Resultat eines langsamen Prozesses der Aufarbeitung als ein direktes Verdienst der 68er-Bewegung.¹⁴

Während diese neueren Erklärungsansätze zwar in der Lage sind, der Debatte um Wirkung und Wesen der 68er-Bewegung neue Impulse zu geben, tragen sie jedoch zu einer Entemotionalisierung des Themas nur wenig bei. Vielversprechend dagegen sind die Ansätze, die sich mit dem Jahr 1968 als globalem Phänomen beschäftigen.¹⁵ Das zeitgleiche Auftreten der Revolte in fast allen Ländern der Welt erklärt die anhaltende Faszination – die Tatsache, dass es in Deutschland, Frankreich, den USA,

11 Zum Strukturwandel in den 1950er Jahren vgl. Schildt, *Moderne Zeiten*. Und weiterhin die Sammelbände: Frese/Paulus/Teppe (Hg.), *Demokratisierung*. Und Schildt/Siegfried/Lammers (Hg.), *Dynamische Zeiten*. Vgl. auch Schildt, *Ankunft im Westen*; und ders., »Vor der Revolte«, S. 7–13.

12 So sieht von Hodenberg beispielsweise die Liberalisierung in den Medien und die Herstellung einer kritischen Öffentlichkeit als Verdienst der »45er«-Generation (den zwischen 1921 und 1932 geborenen) und ausdrücklich nicht der 68er. Vgl. Hodenberg, *Konsequenzen und Krise*. Und Hodenberg, »Konkurrierende Konzepte«, S. 205–226.

13 Zu den antisemitischen Tendenzen vgl. Kraushaar, *Bombe*. Zum »unreflektierten« und »inflationären« Gebrauch des Faschismusvorwurfs vgl. auch Schmidtke, »The German New Left and National Socialism«, S. 176–193 und auch Davis, »New Leftists and West Germany«, S. 210–237. Zur Diskussion vgl. auch Pfeifer, »Public Demonstrations«, S. 194–209.

14 Vgl. Bodemann, »Vom Prozess in Jerusalem«, S. 177–198.

15 Katsiaficas, *Imagination*.

Italien, Japan und Mexiko – um nur die wichtigsten zu nennen – zu Protestbewegungen ähnlicher Art kam, verlieh der Rebellion schon damals eine politische Brisanz und motivierte bereits Zeitgenossen dazu, sich mit den Ursachen des weltweiten Protests auseinanderzusetzen. Auch die Selbstwahrnehmung der damaligen Protestgeneration, Teil einer internationalen Bewegung mit gemeinsamen Zielen zu sein, bewegte die Forschung zu einer stärkeren Berücksichtigung internationaler Zusammenhänge.¹⁶ Dennoch blieben Vergleichsstudien lange Zeit den Sozialwissenschaften vorbehalten, in der Geschichtswissenschaft dominierten national begrenzte Abhandlungen.¹⁷ Erst seit Mitte der 1990er Jahre setzte verstärkt der Trend ein, mittels systematischer Vergleiche den Fragen nach den (zeitgleichen) Entstehungsbedingungen, den spezifischen Zielsetzungen und Motivationen der Protestbewegungen auf den Grund zu gehen. Nicht zuletzt die ideengeschichtliche Aufarbeitung der sechziger Jahre konnte von einer systematischen Gegenüberstellung der Neuen Linken in Deutschland, Frankreich und den USA profitieren. Eine der Schlüsselfragen zur Erklärung der weltweiten Revolte liegt dabei in der Erforschung des Austausches, der »Diffusion« von Ideen zwischen den Protestbewegungen über Ländergrenzen hinweg.¹⁸ Dabei konnte festgestellt werden, dass sowohl persönliche Kontakte zwischen den Aktivisten als auch die medial verbreiteten Symbole zur Adaption von Schlüsselkonzepten und Aktionsformen beitragen, die wiederum großen Einfluss auf die (kognitive) Entwicklung der jeweiligen Protestbewegung hatten.¹⁹ Doch während sich die *Diffusionstheorie* als äußerst aufschlussreich für die Beurteilung der inneren Entwicklung der Protestbewegung erwiesen hat, eignet sie sich weniger dazu, die Relevanz äußerer Ereignisse und der (dazugehörigen) Akteure zu erfassen.

16 Fink/Gassert/Junker (Hg.), 1968: *The World Transformed*. Vgl. auch De Groot (Hg.), *Student Protest*; Fietze, Beate, »A Spirit of Unrest«, S. 3–25.

17 Dies ist kein typisch deutsches Phänomen, auch in der amerikanischen und französischen Literatur dominierten ebenfalls für lange Zeit nationale Untersuchungen.

18 Theoretisch begründet von der Soziologie und Politikwissenschaft. Vgl. McAdam/Rucht, »The Cross-National Diffusion of Movement Ideas«, S. 56–74. Della Porta, »1968c - Zwischennationale Diffusion«, S. 131–150.

19 Der Austausch von Ideen über persönliche Kontakte von am. und dt. Aktivisten wurde intensiv untersucht in: Klimke, »*Others*« *Alliance*. Zu den transatlantischen Beziehungen zwischen der dt. und am. Studentenbewegung vgl. auch Gassert, »Atlantic Alliances«, S. 134–156. Zur Diffusion von Ideen ebenfalls zwischen dt. und am. Bewegung vgl. Schmidtke, *Aufbruch*.

Anderes gilt für jene Untersuchungen, die sich mit der Endphase der Bewegung und den bereits radikalisierten Splittergruppen oder linksterroristischen Vereinigungen beschäftigen: Für sie ist das Verhältnis dieser Gruppen zum »Staat« und zu dessen Handlungen als Referenzpunkt unerlässlich. Doch während sie zwar unser Wissen über die interne Motivations- und Rechtfertigungslogik ihrer Mitglieder und über den Einfluss der Staatsrepression auf die Gruppendynamik *klandestiner* Organisationen erweitert haben,²⁰ so steht eine vergleichende Untersuchung, die den Einfluss staatlichen Handelns auf den Verlauf der Studentenbewegung in ihrer Vor-Extremismusphase zum Gegenstand hat, noch aus.

Dabei liegt es nahe, sich dem Thema zu widmen: nicht zuletzt deshalb, weil Zeitgenossen dem Aspekt der »Revolution gegen den Staat«²¹ durchaus ihren Tribut zollten. Doch von den Revolutionstheorien der Bewegung selbst einmal abgesehen, bei denen der Staat zumindest theoretisch seinen Platz hatte – welche Rolle spielte er bei der Entwicklung der deutschen – und bei der amerikanischen – Protestbewegung? Überspitzt ausgedrückt, wer war das eigentlich, der Staat?

Beinahe zu offensichtlich, um diskutiert zu werden, scheint die Tatsache, dass sich jede Protestbewegung nicht nur gegen »etwas« richtet, sondern in aller Regel auch gegen »jemanden«. Neben der Konzentration auf spezifische Themenfelder – im Fall der 68er-Bewegungen Vietnamkrieg, (amerikanische) Bürgerrechtsbewegung oder (deutsche) Notstandsgesetzgebung – diente auch die Fokussierung auf die Gegenspieler den Mobilisierungszwecken der Bewegung. Dass dabei zumindest im Falle der europäischen Bewegungen vom »Staat« die Rede war – in der amerikanischen Bewegung erfüllte »the government« eine ähnliche Funktion – täuscht darüber hinweg, dass bei der praktischen Auseinandersetzung das »monopolkapitalistische« und »imperialistische System« nur wenig mehr als ein abstraktes Konzept blieb.

Sinnvoller ist es, anstelle von »Staat« oder »System« den Begriff des »Establishments« zu verwenden – und zwar nicht nur deshalb, weil er auch auf die außereuropäischen Bewegungen angewendet werden kann, sondern weil er neben den staatlichen Instanzen auch andere Formen von »Autori-

20 Della Porta, »Introduction«, S. 3–28.

21 Dollinger, *Revolution gegen den Staat*.

tät« einschließt.²² Umfassender und gleichzeitig flexibler als die Kategorie »Staat« lässt sich »Establishment« sowohl politisch als auch kulturell be- greifen: Kulturell verstanden gehörten zum Establishment aus Sicht der Studenten all jene, die sich dem »herrschenden System« angepasst und mit den Konventionen arrangiert hatten.²³ Im hier verwendeten Sinne bezeich- net »Establishment« die *politischen und gesellschaftlichen Eliten*²⁴, die neben den politischen Machthabern (und ihren Staatsbediensteten) auch die *Main- stream-Press*²⁵ und die traditionelle Akademikerschaft mit einschließen. Dies hat den Vorteil, dass auch die Proteste an der Universität – dem Ort, an dem sie in Berkeley und Berlin schließlich auch ihren Anfang nahmen – unter dem Aspekt der Revolte gegen das Establishment betrachtet werden können.²⁶

Des Weiteren geht die vorliegende Studie davon aus, dass sich die Ent- wicklung der jeweiligen Studentenbewegung bzw. deren *Radikalisierung* mit politischer und ideologischer Motivation allein nicht erklären lässt. Viel- mehr wird angenommen, dass auch die innere Entwicklung der Protest- bewegung in direktem Zusammenhang mit den *äußeren Ereignissen* stand. Das *politische Milieu*,²⁷ in dem sich die Protestbewegung entwickeln konnte, bildete demnach die Voraussetzung für die Entstehung der Proteste, so, wie die sogenannten *kritischen Ereignisse*²⁸ deren Richtung beeinflussen konnten. Doch darüber hinaus, so die Hypothese, entstand die eigentliche Dynamik der Proteste aus dem Zusammenspiel der verschiedenen Ak-

22 Zum ersten Mal wird die Forderung nach einer näheren Untersuchung der Rolle des »Establishments« im Rahmen der »68er«-Bewegungen aufgestellt in: Gassert/Richter (Hg.), *1968 in West Germany*, S. 15.

23 So z.B. Götz Aly, der »Establishment« im Sinne der »Alten«, vor allem unter einem Generationen-bezogenen Aspekt verwendet. Vgl. Aly, *Unser Kampf*, S. 48f.

24 Zum politischen Establishment (v.a. auf der Regierungsebene) und dessen Funktion als Gegenspieler der »68er« vgl. Gassert, *Kurt Georg Kiesinger*, S. 615–630.

25 Unter dem Aspekt der Revolte gegen das Establishment betrachtet Hilwig den Kampf der Berliner APO gegen die Springer Presse: vgl. Hilwig, »The Revolt Against the Establishment«, S. 321–349. In der vorliegenden Arbeit wird die Presse hingegen viel- mehr als notwendiger Mittler zwischen den Akteuren betrachtet, dessen Funktion vor allem in der Herstellung eines öffentlichen Forums für die Kontrahenten und für die Austragung des Konflikts bestand. Zur Rolle der Medien und deren Nutzung durch die Neue Linke vgl. Gitlin, *Whole World is Watching*.

26 *Establishment* im Sinne einer *politisch-gesellschaftlichen Elite* als Gegenspieler zur Protest- bewegung.

27 Müller, »1968 as Event, Milieu and Ideology«, S. 15–37.

28 Das Konzept wurde in die deutsche Geschichtswissenschaft eingeführt von Gilcher- Holtey, *Die Phantasie an die Macht*.

teure. Nicht die Protestbewegung – und noch weniger ihre Hauptträgerorganisationen – allein bestimmten den Verlauf der Ereignisse, sondern die Interaktion zwischen den Akteuren des Establishments und den oppositionellen Protestgruppen war ausschlaggebend für die Entwicklung der Proteste und die Radikalisierung der Bewegung. Es soll demnach gezeigt werden, dass die theoretischen Zielvorstellungen zwar innerhalb der Protestbewegung formuliert und von einzelnen Protagonisten nach außen hin propagiert worden waren, aber alle Strategien, Taktiken und Aktionen, in direkter Abhängigkeit von den Reaktionen und Entscheidungen des Establishments, *permanentem Wandel* unterlagen.²⁹

Die Bedeutung der wechselseitigen Beziehung zwischen Protestbewegung und Establishment wurde noch dadurch verstärkt, dass sich sowohl die amerikanische, vor allem aber die deutsche Studentenbewegung zunehmend als *antiautoritär*³⁰ verstand. Schon der übergeordnete (und damals gebräuchliche) Name für die westdeutsche 68er-Bewegung – *Außerparlamentarische Opposition* – deutete bereits an, dass sie sich nicht auf ein bestimmtes (Protest-)Thema einschränken lassen wollte, sondern Kritik am gesamten Gesellschaftssystem übte. Der universelle Anspruch an eine umfassende Gesellschaftsveränderung (bis hin zur Revolution) war es auch, der die 68er-Bewegung von den *Neuen Sozialen Bewegungen* der 1970er und 1980er Jahre deutlich unterschied. Doch vor allem die damit verbundene offene Ablehnung von Autorität war es, die in der direkten Auseinandersetzung mit dem Establishment den Bewegungen ihre besondere Dynamik verlieh. Indem die Studenten die Auseinandersetzung zu einer grundsätzlichen Frage um *legitime Autorität* machten, erhöhten sie damit auch die Konfrontationsbereitschaft ihrer Gegenspieler. Dass die *Herausforderung der Autorität* bereits 1964 ein entscheidendes Merkmal des *Free Speech Movement* in Berkeley war, und im Laufe der Zeit immer deutlicher artikuliert wurde, soll in dieser Arbeit gezeigt werden.

29 Zur Anpassungsfähigkeit des »Mitspielers Establishment« an die Protestmethoden der Bewegung und gleichzeitig auch zu dessen Rückfall in die von ihm erwarteten Rolle, vgl. Gassert, *Kurt Georg Kiesinger*, S. 625, 652.

30 Damit ist eine Haltung gemeint, die zunehmend die Legitimität der jeweils herrschenden Autorität, aber auch Gesetze und Regelungen, die als »undemokratisch« verstanden wurden, infrage stellte. Damit ist die »Antiautoritäre Fraktion« des deutschen SDS eingeschlossen, ist hier aber als Prinzip, nicht politische Richtung gemeint.

Gleichzeitig wird die Frage gestellt, wie das »Establishment« mit dieser Herausforderung umging.³¹ Dabei steht das Spannungsfeld zwischen Aktion und Reaktion im Vordergrund: Ob das Establishment dabei »nur« auf bewusste Regelbrüche der Protestbewegung »reagierte« oder vielmehr eine aktive Rolle in der Auseinandersetzung einnahm, bleibt dabei eine zentrale Frage. Darüber hinaus soll untersucht werden, welche Auswirkungen repressive Maßnahmen auf die Entwicklung der Protestbewegung hatten – und inwiefern *Provokation* und *Repression* sich die Waage hielten. Dabei soll auch gezeigt werden, dass repressive Maßnahmen – zumindest für die untersuchten Ereignisse – zumeist einen radikalisierenden Effekt hatten, zugleich aber mittelfristig die Handlungsfähigkeit einzelner Personen und/oder Organisationen einschränkten. Dennoch, so wird argumentiert, spielte mit Fortschreiten der Proteste auch das taktische Kalkül *bewusst provoziertes Repression* eine nicht unerhebliche Rolle.

Um dem Aspekt Rechnung zu tragen, dass der Konflikt der 68er-Bewegung multidimensional war und in mehreren öffentlichen Bereichen ausgetragen wurde, konzentriert sich die Untersuchung auf drei *Schauplätze der Rebellion*. Die Studentenbewegung, die in ihrem Anspruch so allumfassend, in ihrer Systemkritik so absolut und in ihren Forderungen an das Establishment so kompromisslos war, agierte dennoch in verschiedenen – klar voneinander abgrenzbaren – Protesträumen. Als Ort der Rebellion fungierten zunächst die Universitäten, während die räumliche Verschiebung auf die Straße (meist) erst später erfolgte, und die Ausweitung auf den Gerichtssaal die Konsequenz bereits vollzogener Regelbrüche war. Dementsprechend kann auch zwischen verschiedenen *Ebenen der Interaktion* unterschieden werden. Genauso, wie es verschiedene Schauplätze der Rebellion gab, zeigte auch das Establishment unterschiedliche Facetten. Während schon rein rhetorisch »der Staat« und »das System« Pauschalisierungen darstellten, so traten die Unterschiede in der Praxis erst recht zutage. Denn bei einem Sit-in auf dem Universitätsgelände standen die Studenten nicht dem Staat, meistens nicht einmal der »Staatsmacht« gegenüber, sondern zunächst ihren Professoren oder dem Rektor. Auch war die Situation auf der Straße anders als im Gerichtssaal, die Polizisten andere Gegner als der Richter oder Staatsanwalt.

31 Für einen Einblick in die Frage, wie die politischen Parteien (in Deutschland) mit der Herausforderung, die sich dem Establishment durch die Protestbewegung stellte, umgingen, vgl. *Einleitung*, in: Brandt, *Mehr Demokratie wagen*. Vgl. auch für die CDU: Bösch, *Macht*.

Doch jedes dieser direkten Zusammentreffen zwischen den Akteuren der Bewegung und des Establishments setzte eine Dynamik in Kraft, die Einfluss auf die Entwicklung der Bewegung hatte. Dabei beeinflussten Erwartungshaltung und Wahrnehmung des jeweiligen Gegenspielers entscheidend die Handlungsweise der Akteure. Nicht die Protesteliten allein, trotz aller Versuche, ihre strategischen Überlegungen und ideologischen Überzeugungen umzusetzen, entschieden über die Gestaltung des Konflikts, sondern erst im Wechselspiel mit den übrigen Akteuren wurde die Form der Auseinandersetzung bestimmt. Dabei entschied vor allem die Anpassungsfähigkeit an die Methoden des Gegenspielers über den Erfolg der eigenen »Strategie«. In diesem Sinne erhält der Konflikt auch eine doppelte Dimension, indem nämlich nicht nur die Sicht der Protestbewegung dargestellt, sondern auch die Perspektive des Establishments und deren Rückwirkung auf den Konflikt berücksichtigt werden. Inwiefern sich dies in den verschiedenen Situationen manifestierte, soll ebenso beantwortet werden wie die Frage, ob die Abläufe abhängig vom nationalen Kontext waren oder ob Mechanismen und Rituale in Gang gesetzt wurden, die sich davon unabhängig entwickeln konnten.

So sollen daher anhand ausgewählter »kritischer Ereignisse« nicht nur die verschiedenen Stadien der Radikalisierung nachgezeichnet und innerhalb unterschiedlicher Protesträume betrachtet werden, sondern auch die Protestdynamik zweier Untersuchungsländer miteinander verglichen werden. Dass die Wahl dabei auf die amerikanische und deutsche Protestbewegung fiel, wurde nicht zuletzt dadurch bedingt, dass beide Bewegungen über einen längeren Zeitraum die (Protest-)Geschichte ihres Landes bestimmten und alle Phasen der Konfrontation durchliefen. Während die detaillierten Fallstudien einerseits dem nationalen Kontext der Untersuchungsräume gerecht werden sollen, dienen die länderübergreifenden Vergleiche dazu, national begrenzte Erklärungsmodelle zu überprüfen.

Analytischer Bezugsrahmen

Seit die Historikerin Ingrid Gilcher-Holtey die 68er-Bewegungen in Deutschland und Frankreich als Soziale Bewegung definierte, haben Erkenntnisse aus der Sozialen Bewegungsforschung und theoretische Modelle aus der Soziologie auch Einzug in die Geschichtswissenschaft gehalten. In

Varianten stützen sich auch die Arbeiten von Michael Schmidtke, Kristina Schulz und Marica Tolomelli auf diesen Ansatz.³²

Zum 30jährigen Jubiläum wurden auch die Ansätze der Politikwissenschaftler Dieter Rucht³³ und Donatella Della Porta,³⁴ die sich beide den Ereignissen von 1968 unter sozialwissenschaftlichen Gesichtspunkten näherten, gemeinsam mit historisch orientierten Arbeiten in einem Sammelband aufgenommen. Einer stärker interdisziplinär orientierten Herangehensweise wurde dadurch enormer Auftrieb gegeben und sie ist daher in ihrer Bedeutung für die Disziplin kaum zu überschätzen. Denn bis zu diesem Zeitpunkt galten historische »68er«-Forschung und soziologische Bewegungsforschung als zwei völlig voneinander abgeschottete Forschungsfelder. Seither finden auch die strukturalistisch orientierten Arbeiten Dieter Ruchts und dessen spätere Forschungen zur Diffusionstheorie größeren Widerhall in der Geschichtsforschung. Ähnliches gilt auch für die Arbeiten von Della Porta, deren Fokus vor allem auf dem Verhältnis von Staat, Bewegung und Repression lag. Der Einfluss dieser Studien führte vor allem in der Terrorismus- und Polizeiforschung zu Innovationen.

Für die historische »68er«-Forschung in Deutschland lag das Verdienst vor allem in einer Neubeurteilung der »Studentenrevolte«. Mit einer Definition der APO als *Sozialer Bewegung* wurde der Weg bereitet für eine systematische – und vergleichende – Untersuchung der »68er«, die über die Betrachtung einzelner Trägerorganisationen (wie beispielsweise des SDS) und deren Blickwinkel auf die Ereignisse hinaus ging. Die Definition, wonach jede *Soziale Bewegung* ein »durch kollektive Identität abgestütztes Handlungssystem mobilisierter Netzwerke von Gruppen und Organisationen [ist], welche sozialen Wandel mit Mitteln des Protests – notfalls mit Gewaltanwendung – herbeiführen, verhindern oder rückgängig machen wollen«,³⁵ bot hingegen die Möglichkeit, den Blick auf Identität, Strukturen und Aktionsformen einer Bewegung zu richten. Insbesondere was die Formierung der Bewegung, die Mobilisierung ihrer Basis und ihre kognitive Konstitution³⁶ – d. h. die Umsetzung von Ideen in (mobilisierbare)

32 Schulz, *Der lange Atem*. Tolomelli, *Repressiv getrennt*. Und Schmidtke, *Aufbruch*.

33 Rucht, »Die Ereignisse von 1968 als soziale Bewegung: Methodologische Überlegungen und einige empirische Befunde«, S. 116–130.

34 Della Porta, »1968« - Zwischenationale Diffusion«, S. 131–150.

35 Rucht, *Modernisierung*.

36 So v.a. Gilcher-Holtey, »Mai 68 in Frankreich«, S. 13.

Zielvorstellungen – betrifft, erweist sich der Ansatz als durchaus erfolgreich. Das Konzept erlaubt es Historikern darüber hinaus, mit dem gleichen Instrumentarium Frauenbewegung, Umweltbewegung oder Anti-Globalisierungsbewegung als *Neue Soziale Bewegungen* zu untersuchen, ohne sie als reine »Nachfolgebewegungen« den »68ern« unterordnen zu müssen. Nicht zuletzt bot die Soziale Bewegungsforschung auch ein theoretisches Konzept an, das sich als Alternative oder Ergänzung zur Generationenkonflikttheorie und der damit verbundenen Kulturrevolutionsthese verstehen lässt.

Nichtsdestotrotz hat der Ansatz aber auch seine Grenzen, denn sein Erklärungspotenzial erstreckt sich vor allem auf die inneren Strukturen der Bewegung – von der Formation bis zum Zerfall – und betont auch bei der Mobilisierungsstrategie und deren Umsetzung bewegungsinterne Faktoren. Bei Gilcher-Holtey beispielsweise kommt der Identifizierung »kognitiver Strukturen« zentrale Bedeutung zu und dementsprechend betrachtet sie den Rekurs der »68er« auf die Ideen der Neuen Linken als Schlüsselfaktor für deren Einordnung als *Soziale Bewegung*. Denn trotz der Berücksichtigung »kritischer Ereignisse« werden äußere Faktoren für die Entwicklung der Bewegung vernachlässigt. Insgesamt erweist sich der Ansatz als sinnvoll, wenn nach der Entstehung und der inneren Verfassung der Bewegung gefragt wird; für eine Erklärung der Dynamik der Proteste und ihr Verhältnis zu anderen Akteuren weist er Schwächen auf.

Wenn aber Kritik an der Reichweite des Ansatzes der Sozialen Bewegungsforschung geübt wird, dann vor allem deshalb, weil bisher nur ein kleiner Teil der sozialwissenschaftlichen Erkenntnisse überhaupt auf die historische Forschung der 68er-Bewegungen angewandt wurde. Diffusionstheorie und Neue Soziale Bewegungsforschung entstammen zwar beide derselben Forschungsrichtung, sie decken aber kaum das ganze Spektrum der europäischen, vor allem aber der amerikanischen *Social Movement Research* ab.

Bereits Ende der 1970er Jahre entwickelten die beiden Sozialwissenschaftler Zald und McCarthy gegen den Trend der damaligen sozial-psychologischen Herangehensweise, die spontane Massenbewegungen noch mit »Psychosen« und einem »abweichenden Verhalten von der sozialen Norm gleichsetzten«, den *Resource Mobilisation*-Ansatz.³⁷ Als Begründer der modernen Sozialen Bewegungstheorie gingen sie zunächst davon aus, dass

37 McCarthy/Zald, »Resource Mobilization«, S. 1212–1241.

»kollektives Handeln« als Kernelement einer Sozialen Bewegung auf rationalem Handeln basierte. Obwohl sie – ebenso wie die strukturanalytisch geprägte europäische Sozialwissenschaft und der klassische Marxismus – davon ausgingen, dass soziale Spannungen in der Gesellschaft vorhanden sein müssten, um kollektives Handeln hervorzurufen, lehnten sie dies allein als unzureichende Begründung ab. Ohne bereits vorhandene »Ressourcen« in Form von organisatorischen Netzwerken, über die Inhalte und Strategien sowie gemeinsame Interessen erörtert und verbreitet werden können, sei kollektives Handeln nicht möglich. Laut dieser These hängt der Erfolg einer Sozialen Bewegung von der Rekrutierung und Mobilisierung aktiver Mitglieder ab. Eine erfolgreiche Mobilisierung ist aber nur dann möglich, wenn die sogenannten *Social Movement Organizations* (SMOs) in der Lage sind, Interessen überzeugend zu formulieren und in zielgerichtete Strategien umzuwandeln.

Dieser Ansatz wurde später von Snow und Benford mit ihrem *Frame Alignment*-Konzept³⁸ Ende der 1980er Jahre erweitert, die darauf hinwiesen, dass Soziale Bewegungen auch auf die Erschließung geistiger Ressourcen angewiesen seien. Ideologien, Theorien oder Überzeugungen müssten aber erst in konkrete Strategien umgewandelt werden, um kollektives Handeln nach sich zu ziehen. Dieser Prozess, der die Anpassung, Vereinfachung oder auch Umdeutung von bestehenden Ideen und Konzepten in mobilisierbares Handeln beschrieb, wurde dabei als *Framing* bezeichnet. Die das Feld fast schon revolutionierende Erkenntnis³⁹ des *Framing*-Konzepts bestand darin, dass die nun formbaren Ideen immer dem jeweiligen historischen Erfahrungshorizont angepasst und als veränderbare Kollektivsymbole in die Bewegung integriert wurden. Auf diesem Gedanken baute auch die Diffusionstheorie⁴⁰ auf, die so erklärt, wie beispielsweise Konzepte und direkte Aktionen aus der Bürgerrechtsbewegung (»Sit-in«) Einzug in die amerikanische und später die deutsche Studentenbewegung halten konnten.

Etwa zur gleichen Zeit zu der Zald und McCarthy ihr Konzept der Ressourcen-Mobilisierung entwickelten, untersuchte Charles Tilly in seiner

38 Snow/Rochford/Worden/Benford, »Frame Alignment Processes«, S. 464–481.

39 Zur Einschätzung der Wirkung des Konzepts vgl. den Artikel der beiden Autoren fast 15 Jahre nach dem Durchbruch: Benford/Snow, »Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment«, S. 611–639.

40 Zur Diffusionstheorie vgl. insbesondere auch Della Porta/Kriesi/Rucht, *Social Movements*. Diani/Della Porta, *Social Movements*. Und Schmidtke, *Aufbruch*.

stärker historisch orientierten Studie *From Mobilization to Revolution* die Zusammenhänge zwischen »kollektivem Handeln« und äußeren Machtstrukturen. Die Dynamik »kollektiven Handelns«, so Tilly, hänge nicht nur von der Konstituierung Sozialer Bewegungen ab, sondern müsse in direktem Zusammenhang mit den politischen Machtverhältnissen betrachtet werden. Nach Tillys Modell der Facilitation/Repression sind die Erfolgsaussichten einer Sozialen Bewegung abhängig von der Haltung, die der Staat seinen Herausforderern gegenüber einnimmt: Dabei können sowohl direkte als auch indirekte Aktionen des Staates kollektives Handeln unterbinden. Indem der Staat beispielsweise die Kommunikation zwischen der Führung und der Basis unterbricht oder die Rädelsführer einer Bewegung verhaftet, erhöht er die Kosten für die Mobilisierung und verhindert indirekt kollektives Handeln. Unter Maßnahmen, die sich unmittelbar gegen Aktionen der Bewegung richteten, sind beispielsweise eine Verstärkung des Polizeiaufgebots bei Demonstrationen oder eine Erhöhung des Strafmaßes für Aktivisten zu verstehen. Umgekehrt würde kollektives Handeln durch indirekte Maßnahmen, wie beispielsweise die Legalisierung der Mitgliedschaft in einer Organisation, oder durch direkte, wie das Fernhalten von gegnerischen Gruppen bei Demonstrationen, erleichtert.⁴¹

Aufbauend auf Tillys Überlegungen entwickelte Sidney Tarrow sein Modell der *Political Opportunity Structure* weiter, wonach für die Formierung und vor allem die Dynamik einer Sozialen Bewegung das Bestehen von *politischen Gelegenheitsstrukturen* ausschlaggebend sei. Denn Soziale Bewegungen, nach der Definition Tarrow, lassen sich am Besten beschreiben als »collective challenges, based on common purposes and social solidarities, in sustained interaction with elites, opponents, and authorities.«⁴² Mobilisierung wird dementsprechend auch nicht als interner Prozess begriffen, sondern als ein Vorgang, der sich aus dem Zusammenspiel verschiedener Akteure ergibt. Soziale Bewegungen aber ändern ihre Zielsetzungen und Aktionsformen, ihre »Repertoires«, in ständigem Austausch mit den übrigen Akteuren und entsprechend möglicher *politischer Gelegenheiten*. Für die Dynamik einer Protestbewegung spielen demnach externe Faktoren eine weitaus größere Rolle als die innere Konstitution und Struktur einer Bewegung.

Die beständige Interaktion zwischen Opponenten des Systems, zwischen Bewegung und Gegenbewegung, Eliten und Autoritäten ist dabei

41 Charles, *From Mobilization*, S. 100–102.

42 Tarrow, *Power*, S. 4.

eines der wichtigsten Merkmale der Protestdynamik. Der Repression und Tolerierung von Sozialen Bewegungen kommt dabei entscheidende Bedeutung zu: Während demokratische Gesellschaften generell die Formierung von Sozialen Bewegungen erleichtern, werden diese in autoritären Staaten zumeist unterdrückt. Gleichzeitig kann aber eine »Erleichterung« sozialen Protests auch einen negativen Effekt auf die Schlagkraft der Bewegung haben – denn fehlt der provokative oder überraschende Charakter, erweisen sich die Protestformen oft als wirkungslos.

Übertragen auf die sechziger Jahre bedeutete dies, dass die von der Bürgerrechtsbewegung übernommenen Formen zivilen Ungehorsams schon bald in ihrer Wirkung nachließen. Denn mit der steigenden Akzeptanz friedlicher Protestformen wurde es schwieriger, mit ihnen auch politischen Druck auszuüben. Tarrow bezeichnet die Staatstolerierung von gewaltfreiem Protest daher auch zu Recht als »zweischneidiges Schwert«. ⁴³ Dementsprechend zogen viele Aktivisten die Konsequenz, dass radikalere und militantere Methoden nötig waren, um ihren Forderungen Gehör zu verschaffen. Dass Repression – sofern sie nicht auf die komplette Unterdrückung der Bewegung ausgerichtet ist – umgekehrt sogar einen fördernden Effekt auf die Mobilisierung neuer Anhänger und die Radikalisierung einer Sozialen Bewegung haben kann, soll am Beispiel der gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen den Demonstranten und der Polizei in Chicago sowie am Beispiel der Demonstration gegen den Schah-Besuch in Berlin, bei dem der Student Benno Ohnesorg erschossen wurde, gezeigt werden. ⁴⁴

Insbesondere was die konfliktreiche Auseinandersetzung zwischen Demonstranten und Polizei anbelangt, haben sich mittlerweile Erklärungsmodelle, die auf einem *relationalen Ansatz* beruhen, durchgesetzt. ⁴⁵ Es ist mittlerweile unbestritten, dass die Interaktion zwischen den Kontrahenten – in diesem Fall Demonstranten und Polizei – maßgeblichen Einfluss auf die Dynamik der Proteste und deren unmittelbare Auswirkungen auf die Mobilisierung und (innere) Konstitution der Sozialen Bewegung hat. ⁴⁶ Gerade für die Untersuchung politischer Gewalt innerhalb von

43 Ebd., 82.

44 Für die Bedeutung der Interaktion in Bezug auf die Auseinandersetzung zwischen Polizei und Demonstranten und der Einfluss von Repression vgl. McPhail/McCarthy, »Protest Mobilization«, S. 3–32.

45 Tilly, *Politics*. Und McAdam/Tarrow/Tilly (Hg.), *Dynamics*.

46 Ebd.

Protestzyklen hat sich der Ansatz als fruchtbar erwiesen und in der Forschung etablieren können. In den USA wurden die Vorteile der relationalen Perspektive mittlerweile auch von der (und für die) Geschichtswissenschaft erkannt, die dafür plädiert, die Wechselbeziehung zwischen Protestgruppen und Autoritäten näher zu untersuchen.⁴⁷

Entsprechend den vorangestellten, methodologischen Überlegungen folgt die vorliegende Studie der Prämisse, dass die Protestdynamik der 68er-Bewegungen, deren Verlauf sowie ihre Entwicklung zur Massenbewegung und Radikalisierung entscheidend von der Interaktion zwischen Bewegung und Establishment geprägt wurde. Sie weicht jedoch dahingehend von staatszentrierten Modellen⁴⁸ ab, als dass sie annimmt, dass jene Dynamik sich nicht nur zwischen staatlichen Akteuren und Protestgruppen abspielte, sondern sich potenziell auf jede Form von Autorität erstrecken kann. Denn die Herausforderung der Autorität, wie sie gerade bei den 68er-Bewegungen prominent im Vordergrund stand, lässt sich nicht auf Staatsakteure beschränken. Schließlich war es die Universität, die als Erste zum Schauplatz der sich entfaltenden Protestdynamik wurde und bis zum Zerfall der Bewegung auch Hochburg der Rebellion blieb. Nicht zuletzt dient es auch dem Forschungsinteresse herauszufinden, inwieweit sich Mechanismen des Protests und Prozesse der Mobilisierung auf den verschiedenen Ebenen der Interaktion gleichen oder voneinander unterscheiden. In diesem Zusammenhang soll auch der Frage nachgegangen werden, wann die bewusste Provokation von repressiven Maßnahmen als taktisches Mittel angewandt wurde, und bis zu welchem Grad eine solche Strategie erfolgreich sein konnte.⁴⁹

Quellenlage

Wie bei allen vergleichenden Studien liegt eine der Hauptaufgaben bereits in der Auswahl der Quellen: Nicht nur muss das Archiv- und Quellengut entsprechend der gewählten Fragestellung gesichtet werden, sondern die einzelnen Dokumente müssen auch – bis zu einem gewissen Grad jeden-

47 Hanagan/Moch/Brake, »Introduction«, S. xix.

48 Vgl. beispielsweise Della Porta, *Social Movements, Political Violence, and the State*, Moses, »The State«, S. 139–149.

49 Vgl. dazu auch Zwerman/Steinhoff, »When Activists«, S. 85–107.

falls – kompatibel zu den Pendants des anderen Untersuchungsgegenstandes sein. Gerade bei offiziellen Aktenmaterialien – wie beispielsweise Polizeiberichten, Gerichtsprotokollen, etc. – fällt die Quellenlage aber sehr unterschiedlich aus; wo beispielsweise, wie im Falle der »Polizeischlacht von Chicago«, interne Materialien nicht zugänglich waren, wurden die entsprechenden Lücken mit Pressematerial und veröffentlichten Kommentaren der Stadt Chicago und anderer Gruppen geschlossen.

Jeder Historiker, der sich darüber hinaus mit den sechziger Jahren beschäftigt, sieht sich zunächst einer Flut von Materialien gegenüber.⁵⁰ Neben den bereits besprochenen wissenschaftlichen Abhandlungen füllen die autobiografischen Zeugnisse ehemaliger Aktivisten die Regale deutscher und amerikanischer Bibliotheken.⁵¹ Hinzu kommt eine Fülle von zeitgenössischen Zeitschriften und Magazinen, denn die sechziger Jahre erlebten mit dem Aufkommen billiger Reproduktionsmöglichkeiten auch eine Blüte der Alternativpresse und *Underground Press*. Darüber hinaus ermöglichen die Organisationsunterlagen der Trägergruppen⁵² Einblicke in die internen *Bewegungsstrukturen* und theoretischen Grundlagen; Zeugnisse ihrer *Mobilisierungsmaßnahmen* bieten die zahlreichen gedruckten Flugblätter und Pamphlete. Während ausgewählte Flugblätter und berühmt gewordene Reden bekannter »68er« in gedruckten Quelleneditionen einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden sind,⁵³ ist die große Mehrzahl auf verschiedene Archive, organisiert in mehr oder weniger gut erschlossenen Sammlungen, verteilt.⁵⁴ Doch mittlerweile werden die herkömmlichen Fundstellen durch im Internet veröffentlichte Reproduktionen ergänzt. Als einzigartig für seine umfassende Volltextsammlung, die auch für die historische Forschung geeignet ist, kann das *Free Speech Movement Digital Archive* der Bancroft Library an der UC Berkeley gelten. Neben bewegungsinternen Flugblättern, Protokollen und Pamphleten des FSM

50 Als Einstieg in die Quellen- und Archivlage empfehlen sich für die sechziger Jahre vor allem: Beckerl/Schröder, *Die Studentenproteste*. Und Gassert/Richter (Hg.), *1968 in West Germany*.

51 Vgl. beispielsweise Ayers, *Fugitive Days*; Gitlin, *Sixties*; Cohn-Bendit, *Wir haben sie so geliebt*. Hayden, *Rebel*.

52 Das gesammelte Archiv des nationalen, amerikanischen SDS findet sich auf Mikrofilm: Students for a Democratic Society papers, 1958–1970, (Mikrofilm).

53 Vgl. ausgewählte Editionen: Albert/Albert, *Sixties Papers*; Jacobs/Landau, *New Radicals*; Otto, *APO*; Kraushaar (Hg.), *Frankfurter Schule*. Und Böckelmann/Nagel, *Subversive Aktion*.

54 Für eine Liste der konsultierten Archive siehe Anhang.

und verwandter Gruppen sind auch zahlreiche Presseverlautbarungen, Memoranda und Schreiben der Universitätsverwaltung sowie Sitzungsprotokolle des Akademischen Senats erfasst.

Insbesondere Letztere haben sich, ebenso wie die digitalisierten Gerichtsprotokolle des *Free Speech trial*, als besonders wertvoll erwiesen. Denn entsprechend der Fragestellung wurden nicht nur bewegungsinterne Schriftstücke herangezogen, sondern auch sogenannte »Establishment«-Quellen berücksichtigt. Gerade für die Untersuchung zu den Vorgängen vom 2. Juni 1967 konnten zahlreiche Polizeiberichte, Verhörprotokolle und interne Aktenvermerke der Berliner Polizei ausgewertet werden. Protokolle des Untersuchungsausschusses des Berliner Abgeordnetenhauses vervollständigten ebenfalls das Bild der Interaktion zwischen Studenten und Staatsbediensteten. Aufseiten des amerikanischen Establishments warfen die Protokolle und Berichte des *House Un-American Activities Committee* und des *Internal Security Committee* des Senats Licht auf die Ereignisse in Chicago, während Berichte und Dokumente der Chicagoer Behörden eher die (feindliche) Haltung der Stadt gegenüber den Demonstranten offenbarten. Mit den Akten des FBI unter dem *Counter-Intelligence Program* gegen die *New Left* stand eine zusätzliche, wenngleich auch problematische Quellensammlung zur Verfügung, die zwar in Einzelfällen herangezogen, aber nicht in vollem Umfang berücksichtigt werden konnte.⁵⁵

Besonders extensiv wurden die juristischen Quellen, darunter vor allem die Akten des Sozialistischen Anwaltskollektivs genutzt. Denn trotz der zahlreichen Monografien und Quellensammlungen zu den 68er-Bewegungen hören die Schilderungen zumeist da auf, wo die Folgen der Konfrontation mit der »Staatsmacht« beginnen: Die Gerichtsverfahren, von denen viele Demonstranten betroffen waren, werden meist völlig von der Forschung übergangen. Nur im Zusammenhang mit dem Phänomen Linksterrorismus stoßen die Prozesse gegen die Rote Armee Fraktion der 70er Jahre auf Interesse.⁵⁶ Anklageschriften, Verhandlungsprotokolle und Urteile, aber auch Notizen der Anwälte und deren Überlegungen zur Verhandlungsführung wurden für das Kapitel über die Auseinandersetzung vor Gericht verwendet. Auch für zwei amerikanische Verfahren wurden

55 Vgl. dazu die Untersuchungen von Churchill/Vander Wall, *Cointelpro Papers*.

56 Eine Ausnahme stellen die Biographien beteiligter und so illustrier wie unterschiedlicher Persönlichkeiten dar: Carini, *Fritz Teufel*; Schuster, *Heinrich Albertz*. Und Reinecke, *Otto Schily*. Vgl. außerdem Brunn/Kirn, *Rechtsanwälte*. Hannover, *Republik vor Gericht*.

die (editierten) Verhandlungsprotokolle ebenso wie die (teilweise) digitalisierten *Legal Papers* des Rechtsanwalts Malcolm Burnstein zurate gezogen.

In Anbetracht der Vielzahl an verschiedenen Quellentypen wurde aus methodologischen, wie auch aus Zeitgründen auf Interviews mit Zeitzeugen verzichtet. Nichtsdestotrotz wurden aber zu einem späteren Zeitpunkt die bereits hinterlegten *Oral Histories* der Bancroft Library und des *Oral History Research Office* der Columbia University hinzugezogen. Verwendet wurden vor allem Interviews mit Professoren und Verwaltungspersonal der Universität in Berkeley und der Columbia University, um das Bild des universitären Establishments zu vervollständigen.

Ergänzt wurden die Archivalien durch zeitgenössische Presseberichte: Dabei seien vor allem die *New York Times*, die *Washington Post*, die *Chicago Tribune* und das *Time Magazine* für die amerikanische Berichterstattung erwähnt, auf deutscher Seite erwiesen sich vor allem die Artikel des *Spiegel* (der sich durch hervorragende Gerichtsreportagen auszeichnete) und der *Zeit*, sowie einzelne Artikel der *Süddeutschen Zeitung* und der *Frankfurter Allgemeinen* als hilfreich.

1 Die sechziger Jahre: Ursprünge und Entwicklung der Proteste

1.1 Unruhige Zeiten

Die turbulenten sechziger Jahre stellten die regierenden Eliten fast aller westlichen Länder vor innenpolitische Herausforderungen, denen sie mit mehr oder weniger großem Geschick begegneten. Von den USA bis nach Japan stellte eine neue Generation (zumeist) junger Intellektueller die westliche Gesellschaftsordnung infrage. Gemeinsam war ihnen die Kritik an den politischen Eliten ihrer Länder. Sie sahen in den Auseinandersetzungen des Kalten Krieges und den Stellvertreterkriegen in Asien einen Verrat an den demokratischen Prinzipien des Westens. Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit war es demnach, die eine junge und idealistische Generation aufrüttelte.

So beriefen sich die Verfasser des *Port Huron Statements*¹ zu Beginn der sechziger Jahre daher auch auf die amerikanische Verfassung, deren Grundprinzipien sie gefährdet sahen. Die Haltung der amerikanischen Regierung gegenüber der Bürgerrechtsbewegung, der rigorose Antikommunismus der fünfziger Jahre und insbesondere der lange Krieg in Vietnam² bestimmten die Grundhaltung der amerikanischen Protestgeneration. Nicht Sozialismus, sondern *Grassroots Democracy* stand im Zentrum ihres ideologischen Denkens. Vom Zentralismus der stalinistischen UdSSR hätte diese Bewegung, die sich vorwiegend auf lokaler Ebene organisierte, nicht weiter entfernt sein können.

Im geteilten Deutschland der sechziger Jahre entwickelten sich die ersten Proteste in Opposition zur Wiederbewaffnung, gegen die geplanten Notstandsgesetze und später gegen den Vietnamkrieg. Wie ihre Kommilitonen in den USA hatten die deutschen Studenten gegen den vorherr-

¹ Das *Port Huron Statement* gilt als eines der Gründungsdokumente der amerikanischen Neuen Linken. Eine nähere Auseinandersetzung folgt in Kapitel 1.2.

² Von 1959 bis 1975.

schenden Antikommunismus zu kämpfen. Besonders in der »Frontstadt« Berlin herrschte nach wie vor das Klima des Kalten Krieges. Die Skepsis gegenüber einer Bewegung mit sozialistischer Stoßrichtung war in Berlin besonders ausgeprägt. Die unmittelbare Nähe zum »Ostblock« erklärt auch die Unbedingtheit, mit der sich eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung hinter die Politik der USA stellte. Doch aus Sicht der Studentenbewegung wurde diese Kehrtwende zum Westen, die einherging mit dem kollektiven Schweigen über die jüngste Vergangenheit, äußerst kritisch gesehen.³ Die Generation des Wiederaufbaus hingegen hatte Amerika viel zu verdanken und nutzte (nicht zuletzt als Selbstschutz vor der eigenen Vergangenheit) die Gelegenheit, alte Ideologien durch Programme für wirtschaftliche Stabilität zu ersetzen. Der strukturelle Wandel, der bereits im ersten Nachkriegsjahrzehnt einsetzte, erreichte seinen Höhepunkt in den wirtschaftlich prosperierenden sechziger Jahren, die einer breiten Bevölkerungsschicht die Teilhabe am Wirtschaftswachstum ermöglichten. Doch es war nicht zuletzt auch das Verdienst der Modernisierung der fünfziger Jahre,⁴ das den Weg für eine Angleichung an den Westen⁵ – und ironischerweise seine Protestkultur – bereitete.

Die Entwicklung zur Konsumgesellschaft setzte damit den Trend zu einer »Amerikanisierung«⁶ der deutschen Gesellschaft fort. Nicht nur demokratische Konzepte fanden ihren Widerhall in der deutschen Gesellschaftsordnung, vor allem die Kultur- und Warenwelt wurde von den amerikanischen Importen geprägt. Gerade im Bereich der Mode, Pop- und Rockmusik waren amerikanische und britische »Trends« einflussreich⁷ und beflügelten die Entwicklung – trotz aller nationalen Unterschiede – einer gemeinsamen Jugend- und Protestkultur.⁸ Die Entstehung der Massenkonsumentengesellschaft einte die junge Generation und schaffte gleichzeitig die Voraussetzung für eine konsumkritische Auseinandersetzung mit dem »westlichen Kapitalismus«.

Der Strukturwandel hin zur postmaterialistischen Gesellschaft, der in den Vereinigten Staaten fast zwei Jahrzehnte früher eingesetzt hatte, fand

3 Vgl. vor allem Frei, 1968, S. 77–88.

4 Schildt, *Moderne Zeiten*.

5 Doering-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen?* Und ders., »Westernisierung«, S. 311–341.

6 Ebd.; vgl. auch Gassert, »Narratives of Democratization«, S. 307–324.

7 Siegfried, »Understanding 1968«, S. 59–81.

8 Grundlegend zur Entstehung einer Jugendkultur im Spannungsfeld zwischen Politik und Konsum vgl. Detlef Siegfried, *Time Is on My Side*.

unter dem Schlagwort »Amerikanisierung« in nahezu allen westlichen Gesellschaften statt. Doch Ende des Jahrzehnts fand diese Entwicklung ihre Entsprechung in einer »anti-amerikanischen« Protestwelle. Gemeinsam war allen Protestbewegungen – einschließlich der amerikanischen selbst – die Kritik am »imperialistischen System« der USA.⁹ Am deutlichsten manifestierte sich diese gemeinsame und zuweilen »anti-amerikanische« Haltung in den Protesten gegen den Vietnamkrieg. Letzterer wurde zum internationalen Fokus und verbindenden Element zwischen den verschiedenen nationalen Bewegungen des Jahrzehnts.

In Anbetracht der Komplexität der politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen kann eine umfassende Beschäftigung mit den Entstehungsbedingungen, Ursachen und Wirkungen der jeweiligen Bewegung nicht Gegenstand dieser Untersuchung sein; das folgende Kapitel soll jedoch einen ersten Überblick über die wichtigsten Entstehungszusammenhänge und die verschiedenen Strömungen innerhalb des amerikanischen Movements und der deutschen APO bieten.

1.2 Anfänge und Entwicklung des amerikanischen Protests

Einen der wichtigsten Einflüsse auf die amerikanische Studentenbewegung übte die Bürgerrechtsbewegung der Afroamerikaner aus. Bereits lange vor den sechziger Jahren begann der Kampf um die Gleichberechtigung der afroamerikanischen Minderheit und im Jahr 1957 erreichten Bürgerrechtsorganisationen, wie der *Congress of Racial Equality* (CORE) und die *National Association for the Advancement of Colored People* (NAACP), dass eine Entscheidung des *Supreme Court* die Rassentrennung im Süden rechtlich aufhob. Dennoch weigerten sich einige Staaten im Süden des Landes, diese Regelungen praktisch umzusetzen.¹⁰ Vielmehr setzten konservative Politiker und eine Mehrheit der Bevölkerung in den Südstaaten alles daran, die Privilegien der Weißen aufrechtzuerhalten. Erst die sechziger Jahre brachten über die rechtlichen Erfolge hinaus auch praktische Verbesserungen für die afroamerikanische Bevölkerung mit sich. Den Auftakt zum neuen

⁹ Zu dem Phänomen »mit Amerika gegen Amerika« innerhalb der Neuen Linken vgl. v. a. Gassert, »Anti-amerikaner?«, S. 250–269.

¹⁰ Anderson, *Movement*, S. 42ff. Zu den (negativen) Auswirkungen der Entscheidung des *Supreme Courts* vgl. Klarman, »How Brown Changed Race Relations«, S. 81–118.

Civil Rights Movement bildete eine Einzelaktion von vier schwarzen Collegestudenten am 1. Februar 1960 in Greensboro, die sich an ein für Weiße reserviertes *Lunch Counter* des lokalen Woolworth setzten. Obwohl ihnen die Bedienung verweigert wurde, blieben sie bis zum Ladenschluss sitzen. An den folgenden Tagen wiederholten sie die Aktion, unterstützt von mehreren Dutzend Studenten.¹¹ Die Aktion inspirierte ähnliche Sit-ins in anderen Teilen des Landes.¹² In Atlanta wurde eine Kampagne initiiert, die noch vor den eigentlichen Sit-ins einen Aufruf mit dem Titel »An Appeal for Human Rights« in mehreren Tageszeitungen druckte und damit landesweites Aufsehen erregte.¹³ Die spontanen Aktionen der Collegestudenten erfuhren bald darauf die Unterstützung von etablierten Bürgerrechtsorganisationen. Während einer von der *Southern Christian Leadership Conference* (SCLC) gesponserten Konferenz fand dies auch institutionellen Niederschlag in der Gründung des *Student Nonviolent Coordinating Committee* (SNCC).¹⁴ Anknüpfend an die christlichen Lehren Martin Luther Kings und Ella Bakers befürwortete auch das SNCC eine Linie gewaltlosen Protests. In der Tradition des ersten *Lunch Counter*-Sit-ins sollte mittels »direkter Aktionen« eine Aufhebung der Rassentrennung erreicht werden. Darunter fielen unter anderem die *Freedom Rides*, Bustouren von Washington nach New Orleans, die 1961 zunächst von einer kleinen Freiwilligengruppe unternommen wurden. Während der erste Versuch wegen rassistischer Übergriffe bereits in Birmingham abgebrochen werden musste,¹⁵ legten in den folgenden Wochen bereits 300 Freiwillige die geplante Route zurück.¹⁶ Begleitet von gewalttätigen Ausschreitungen, wurden dabei mehrere Teilnehmer lebensgefährlich verletzt. Konfrontiert mit der Ignoranz lokaler Polizeibehörden, die zu spät eingriffen oder die Bürgerrechtler zur »Schutzhaft« in Gefängniszellen ausharren ließen, stellten die *Freedom Rides* ein prägendes Erlebnis für die Teilnehmer dar. Die Erfahrung von physischer Gewalt – der zu diesem Zeitpunkt noch mit passivem Widerstand

11 Ebd.

12 Die *New York Times* registrierte bis zum 15. Februar die Ausbreitung der Sit-ins über mehrere Grenzen hinweg von North Carolina nach Virginia, Florida, South Carolina und Tennessee, in: »Negro Sitdowns Stir Fear Of Wider Unrest in South«, in: *New York Times*, 15.02.1960, S. 1.

13 Bond, »The Movement«, S. 11–23.

14 Vgl. Anderson, *Movement*, S. 49.

15 Eine ausführliche Schilderung findet sich bei Carson, *In Struggle*, S. 34–35.

16 Flowers, »Coming of Age«, S. 177.

begegnet wurde – sollte später eine entscheidende Rolle für die steigende Militanz spielen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Organisationsarbeit des SNCC lag auf der Wählerregistrierung. 1962 begann das SNCC – mit Bob Moses als prominentestem Vertreter – zusammen mit CORE und NAACP mit der *Voter Registration Campaign* in Mississippi. Trotz massiver Widerstände der Behörden, die alles daran setzten, das Projekt zu unterbinden, engagierten sich immer mehr Helfer in kommunalen Projekten. Nicht zuletzt die Aufrufe des SNCC zum *Mississippi Freedom Summer* führten zu einer immer größeren Zahl weißer Mitglieder im SNCC.¹⁷ Der *Mississippi Freedom Summer* übte eine große Anziehungskraft auf viele Collegestudenten aus und hinterließ nachhaltigen Eindruck bei späteren Studentenfürhern der *Students for a Democratic Society* (SDS).¹⁸ Waren schon die *Freedom Rides* von gewalttätigen Ausschreitungen gezeichnet, so galt dies erst recht für den *Mississippi Freedom Summer*. Neben der erniedrigenden Behandlung durch offizielle Mitarbeiter der Behörden waren Bürgerrechtler und Afroamerikaner täglich Drohungen und gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt. Im Sommer 1964 wurden drei Bürgerrechtler von Mitgliedern des Ku-Klux-Klans ermordet.¹⁹

Das Engagement von SNCC und CORE wurde dadurch jedoch nicht geschmälert. Stattdessen setzten die Helfer alles daran, die Hürden, die ihnen bei der Wählerregistrierung in den Weg gelegt wurden, auf kreative Weise zu umgehen: Weil es die Gesetze Mississippis erlaubten, den Registrierungswilligen Rechtschreibe- und Wissenstests abzuverlangen, organisierte das SNCC im November 1963 eine landesweite »Testwahl«, um zu demonstrieren, dass die afroamerikanische Bevölkerung Mississippis durchaus bereit und in der Lage war, sich am politischen Willensbildungsprozess zu beteiligen.²⁰ Letztendlich trug die Mississippikampagne, trotz aller Rückschläge, durch das beharrliche Engagement ihrer Mitglieder auch dazu bei, dass 1965 der *Voting Rights Act*, der die willkürliche Wählerregis-

17 Zum Mississippi Freedom Summer vgl. McAdam, *Freedom Summer*.

18 Vgl. dazu die Ergebnisse von Rebecca Klatch, die in einer Art Generationenstudie die Lebenswege von 74 jungen Aktivisten (sowohl der politischen Linken als auch der Rechten) und deren politisches Engagement in den 1960er Jahren verfolgte. Die Hälfte aller Befragten (der Neuen Linken) gab an, dass die Bürgerrechtsbewegung den entscheidenden Impuls zum Eintritt in die Bewegung gab. Klatch, *Generation Divided*, S. 74.

19 Carson, *In Struggle*, S. 114.

20 Bond, »The Movements«, S. 17.

trierungspolitik einzelner Staaten beenden sollte, unter Johnson verabschiedet wurde.

Auch nach der Verabschiedung des Gesetzes übte das SNCC weiterhin große Anziehungskraft sowohl auf schwarze als auch auf weiße Studenten aus. Doch die Popularität, die der *Freedom Summer* nicht zuletzt aufgrund der hohen Beteiligung weißer Studenten ausgelöst hatte, führte innerhalb des SNCC zu Spannungen zwischen schwarzen und weißen Mitgliedern. Innerhalb des SNCC musste ein Richtungsstreit entschieden werden, der letztendlich von der pazifistisch-religiösen Linie abwich und einer neuen Ideologie der »Black Power« Platz machte.²¹ Folgerichtig wurden weiße Studenten von der Organisation seit 1966 ausgeschlossen. Dennoch übte gerade die *Black Power*-Bewegung einen hohen Reiz auf die weiße Studentenbewegung aus.

Durch die Bürgerrechtsbewegung Anfang der sechziger Jahre wurde das (schlummernde) Protestpotenzial an den Colleges und Universitäten geweckt. Während frühere Generationen von Collegestudenten unter dem Eindruck eines rigorosen Antikommunismus der McCarthy-Ära in einer weitgehend unpolitischen und vordergründig ideologiefreien Zeit aufgewachsen waren, kündigten bereits die späten fünfziger Jahre mit Protesten gegen die nukleare Aufrüstung (»Ban the Bomb«) eine Trendwende an. Der aufblühende politische Protest zu Beginn der sechziger Jahre ebnete auch den Weg für eine *Neue Linke*. Denn mit der wachsenden Bereitschaft der Jugend, sich politisch und gesellschaftlich zu engagieren, wuchs auch das Interesse an politischen Ideologien. Eine theoretische Analyse der gesellschaftlichen Zusammenhänge und deren Implikationen für die politische Praxis wurde dabei als unerlässlich erachtet.

Als 1962 mehrere Studentengruppen in Port Huron zu einem gemeinsamen Konvent zusammentrafen und als Resultat das *Port Huron Statement* mit seiner *Agenda for a Generation* hervorbrachten, kann so zu Recht von einem (Neu-)Anfang der linken Studentenbewegung gesprochen werden. Es gelang einer kleinen Gruppe um Tom Hayden und Al Haber, den *Students for a Democratic Society* eine neue Richtung zu geben. Ursprünglich die Jugendorganisation der *League for Industrial Democracy* (LID), emanzipierte sie sich erst 1960 von ihrer Mutterpartei. Ihre Mitgliederzahl betrug 1960 nur 250 und die Anzahl der lokalen Campusvertretungen war mit acht ebenfalls verschwindend gering.²² Ein Neuanfang des Verbandes war des-

21 Vgl. Shor, »Utopian Aspirations«, S. 173–189. Und Carson, *In Struggle*, S. 2.

22 Zur Statistik vgl. Sale, *JDS*, S. 663.

halb relativ leicht – die unmittelbare Resonanz des *Port Huron Statements* deshalb allerdings auch weitaus geringer als vielfach angenommen.²³ Die (historische) Bedeutung der Konferenz lag darin, dass die anwesenden Studenten den Versuch unternahmen, ein kohärentes, visionäres und zugleich realisierbares Konzept für die Zukunft zu entwickeln. Das Ergebnis war ein sehr emotionales Dokument, das bewusst auf die Empfindungen einer ganzen Generation ansprach, zugleich aber von den intellektuellen Ideen einer Neuen Linken Gebrauch machte. Insbesondere der von C. Wright Mills verfasste *Letter to the New Left*²⁴ sowie dessen Gesellschaftskritik an der *Power Elite*²⁵ hinterließen ihre Spuren im *Port Huron Statement*. Die Kritik am »militärisch-industriellen Komplex«,²⁶ an den hohen Militärausgaben und der zu engen Verbindung zwischen Industrie, Politik und Militär nahm einen zentralen Stellenwert in der Analyse des *Port Huron Statements* ein. Die Verfasser griffen dabei die Terminologie Mills auf und warnten vor einer nationalen Politik, die von den Machteliten der »corporations and the military«²⁷ bestimmt würde. Der stillschweigende Konsens und die Akzeptanz des Kalten Krieges durch die amerikanische Gesellschaft müssten gebrochen werden, um das amerikanische Volk aus seiner »politischen Apathie«²⁸ zu reißen. Die Verfasser des *Port Huron Statements* nahmen in dieser Hinsicht die gleiche Position ein wie ihre intellektuellen Vordenker innerhalb der Neuen Linken.²⁹

The apathy here is, first subjective – the felt powerlessness of ordinary people, the resignation before the enormity of events. But subjective apathy is encouraged by the objective American situation – the actual structural separation of people from power, from relevant knowledge, from pinnacles of decision-making.³⁰

23 Vgl. hierzu die Kritik von Smith, »Present at the Creation«, S. 339–362. Der Autor weist vor allem daraufhin, dass dem *Port Huron Statement* (PHS) erst im Nachhinein die herausragende Bedeutung, die es heute auch in der Forschung hat, zugewiesen wurde. Stattdessen sei in zeitgenössischen Publikationen weder der SDS noch das frühe PHS als Mittelpunkt der Bewegung gesehen worden.

24 Mills, »Letter«, S. 18–23.

25 Mills, *Power Elite*.

26 Der vollständige Text des *Port Huron Statements* (PHS) ist neu abgedruckt in: Hayden, *Port Huron Statement*. Im Folgenden zitiert. PHS, S. 76.

27 Ebd., S. 155.

28 Vgl. Edward. Thompson, *Out of Apathy*. Und ders., »Revolution«, S. 3–9.

29 Zur Diskussion der Formierung innerhalb der britischen und amerikanischen Neuen Linken und die Diskussion in *New Left Review* vgl. die Darstellung bei Schmidtke, *Aufbruch*, S. 33–40. Vgl. die relevanten Artikel in *New Left Review* (1960) 3, 4, 5 und 6.

30 PHS, S. 64.

Vor allem aber war das *Port Huron Statement* ein Aufruf an die Kommilitonen, die gesellschaftlichen Verhältnisse (jetzt) zu verändern. Nach Einschätzung der Verfasser bildeten die Universitäten eine »potenzielle Basis« für soziale Veränderung und kamen somit als historischer Akteur infrage. Obwohl sie nicht soweit gingen wie Mills, in der jungen Intelligenz das neue historische Subjekt zu sehen, so attestierten sie der jungen Generation dennoch eine Vorreiterrolle:³¹

Social relevance, the accessibility to knowledge, and internal openness – these together make the university a potential base and agency in a movement of social change [...] But we need not indulge in illusions: the university system cannot complete a movement of ordinary people making demands for a better life. From its schools and colleges across the nation, a militant left might awaken its allies, and by beginning the process towards peace, civil rights, and labor struggles, reinsert theory and idealism where too often reign confusion and political barter.³²

Das *Port Huron Statement* plädierte zwar für eine Neudefinition der Rolle der Arbeiterklasse,³³ leugnete aber gleichzeitig nicht deren Bedeutung für die Gesamtbewegung. Es warb für eine Strategie der Allianzen – mit den Gewerkschaften ebenso wie mit den reformbereiten Liberalen. Insgesamt verfolgten die Verfasser einen eher moderaten reformerischen Ansatz, der trotz der massiven Kritik an der amerikanischen Politik noch in keinem Verhältnis zu den radikalen Forderungen der späteren Jahre stand. Als Hauptübel der amerikanischen Politik galt den Studenten die starke Fokussierung der Regierung auf den Kalten Krieg unter Vernachlässigung innenpolitischer Problemfelder. Allein die Tatsache, dass die Verfasser des Manifestes – trotz massiver Kritik am System der Sowjetunion – beide Seiten für das atomare Wettrüsten verantwortlich machten, brachte dem *Port Huron Statement* den Vorwurf ein, pro-kommunistisch zu sein.³⁴ Tatsächlich aber zeichnete sich das 60-seitige Dokument durch eine Mischung aus Traditionalismus und Innovation aus. Offen für die Ideen einer Neuen Linken wurden die traditionellen Werte der amerikanischen Gesellschaft nicht infrage gestellt, sondern vielmehr die Ursache der Enttäuschung in den nicht erfüllten Versprechen der amerikanischen Verfassung gesehen.³⁵

31 Vgl. Mills, »Letter«, S. 23. Vgl. dazu auch die Kritik von Thompson an Mills: Thompson, »Revolution Again!«, S. 29.

32 PHS, S. 166, 168.

33 Vgl. Thompson, »Revolution Again!«, S. 24ff.

34 Siehe hierzu auch Hayden/Flacks, »The Port Huron Statement at 40«, S. 18–21.

35 Vgl. insbesondere die Einleitung »Agenda for a Generation«, in: PHS, S. 45–49.

So ist es nicht überraschend, dass die Wurzeln des wichtigsten Konzepts, *Participatory Democracy*, bis in das Vorfeld der Amerikanischen Revolution zurückreichen.³⁶ *Participatory Democracy*, so formulierten es die Verfasser des Statements, angelehnt an die Lehren des Philosophieprofessors Arnold Kaufman und des Bürgerrechtlers John Dewey, sollte die breite Bevölkerung aus ihrer Apathie reißen:

We would replace power rooted in possession, privileged, or circumstance by power and uniqueness rooted in love, reflectiveness, reason, and creativity. As a social system we seek the establishment of a democracy of individual participation, governed by two central aims: that the individual share in those social decisions determining the quality and direction of his life.³⁷

Die Proteste der Studenten gegen die atomare Aufrüstung und gegen die Rassentrennung im Süden zeigten, dass die Studenten dabei waren, die »Verkrustung der Apathie aufzubrechen und die innere Entfremdung zu überwinden, die noch immer Kennzeichen amerikanischen Collegelebens« waren.³⁸ *Participatory Democracy* wurde verstanden als Aufforderung, sich aktiv am gesellschaftlich-politischen Leben zu beteiligen. Die Strategien, mit denen dies erreicht werden sollte, gingen jedoch über die Anwendung direkter (Protest-)Aktionen hinaus. Angelehnt an die Erfolge der Bürgerrechtsbewegung sollten auch im Norden der USA Gemeindeprojekte gegründet werden, die sich für die weniger Privilegierten einsetzen sollten. Trotzdem schenkte das *Port Huron Statement* auch traditionelleren Politikfeldern wie dem Wahlsystem, struktureller Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sowie dem Universitätssystem ebenso viel Aufmerksamkeit.³⁹

In seiner Formulierung zwar gemäßigt (und zuweilen sogar antikommunistisch im Tonfall), verbreitete das *Port Huron Statement* die radikale Botschaft, es nicht bei der Gesellschaftskritik zu belassen, sondern aktiv an der Gründung einer Sozialen Bewegung mitzuwirken:

36 Hayden, »The Way We Were and the Future of the Port Huron Statement«, in: PHS, S. 5–6.

37 PHS, S. 53.

38 So heisst es im PHS: »The significance is in the fact the students are breaking the crust of apathy and overcoming the inner alienation that remain the defining characteristics of American college life«, in: ebd., S. 57.

39 Der ausführliche Mittelteil, der auf Industrialisierung, Situation der amerikanischen Arbeiterschaft und die Frage der Demokratischen Partei eingeht wurde in den gekürzten Versionen jedoch meistens gestrichen.

As students for a democratic society, we are committed to stimulating this kind of social movement, this kind of vision and program in campus and community across the country. If we appear to seek the unattainable, as it has been said, then let it be known that we do so to avoid the unimaginable.⁴⁰

Der erste Ort, an dem die Appelle des *Port Huron Statements* – ohne dessen Zutun allerdings – beherzigt wurden, war der Campus von Berkeley. Aufgerüttelt durch die raschen Veränderungen, die durch Martin Luther King und die Bürgerrechtsbewegung im Süden ausgelöst worden waren, begannen im Frühjahr 1964 die Organisationen CORE und SNCC auf dem Campus, Freiwillige für den *Mississippi Freedom Summer* zu rekrutieren. Darüber hinaus bewegten sie viele Studenten dazu, an den Aktionen der lokalen Bürgerrechtsgruppen teilzunehmen, die, dem Beispiel ihrer Mitstreiter in Alabama, Mississippi oder Louisiana folgend, mit Demonstrationen und dem »Picketing« von Hotels und Supermärkten⁴¹ gegen die diskriminierenden Einstellungsverfahren protestierten. Im Frühjahr 1964 kam es zu mehreren großen Demonstrationen in der Bay Area, bei denen Tausende Studenten für die Gleichstellung von Minderheiten demonstrierten. Eine der häufig angewandten Taktiken war es, das stundenlange *Picketing* der Zielgruppen (Autohändler, Supermärkte, Banken) mit friedlichen, aber illegalen Sit-ins zu beenden und sich von der Polizei freiwillig verhaften zu lassen.⁴² Monatelange Gerichtsverfahren waren die Folge, selbst wenn sie für die meisten Studenten nur mit einer Verwarnung endeten.⁴³ Die Erfahrungen im Kampf für mehr Gleichheit und Gerechtigkeit waren prägend für die meisten Studenten; und oftmals fiel es den »Civil Rights-Veteranen« schwer, sich wieder in den regulären Universitätsbetrieb einzugliedern.⁴⁴ Während einige gar nicht an die Universität zurückkehrten, kehrten andere mit einer neuen gesellschaftskritischen Haltung auf den Campus zurück.

Ausgelöst durch die Bürgerrechtsbewegung, entwickelte sich ein kritisches Bewusstsein auf dem Campus, das sich auch auf andere Bereiche des

40 PHS, S. 168–169.

41 Unter »Picketing« versteht man das (gezielte) Protestieren (meist mit Schildern und Plakaten) auf der Straße oder vor Geschäften und Produktionsstätten. Es ist jedoch verboten, während der Streikaktivitäten stehen zu bleiben.

42 Zu den hier geschilderten Ereignissen und den Einflüssen der »lokalen« Bürgerrechtsbewegung auf die Mobilisierung der Studenten in Berkeley vgl. Freeman, »From Freedom Now!«, S. 73–82.

43 Ebd.

44 McAdam, *Freedom Summer*, S. 132.

gesellschaftlichen und politischen Lebens erstrecken sollte. Ein erster Vorbote für die Ereignisse des kommenden Herbstsemesters erschien in Form des studentischen Ergänzungskatalogs zum allgemeinen Vorlesungsverzeichnis. Darin hatte die Studentenvereinigung SLATE – neben den üblichen Kursevaluationen – einen Brief abgedruckt, in dem die Studenten offen zur Rebellion gegen die Universität aufgerufen wurden:

Go to the top. Make your demands to the Regents. If they refuse to give you an audience: start a program of agitation, petitioning, rallies, etc., in which the final resort will be CIVIL DISOBEDIENCE.⁴⁵

In dem Begleitartikel *Ways to get an education in spite of the system* offenbarte der Autor eine kritische Haltung, die sich mit dem auf Effizienz ausgerichteten Prinzip der Massenuniversität auseinandersetzte. Dabei zielte die Stoßrichtung vor allem gegen das von Präsident Kerr gezeichnete Bild einer modernen Universität, der *Multiversity*. In seinem Buch *The Uses of the University*⁴⁶ beschrieb er den unausweichlichen Wandel der Universität hin zu einer modernen Wirtschaftsorganisation, bei der das Wissen zur Ware, der Professor zum Unternehmer und die Intellektuellen zu Werkzeugen werden. Die Studenten wiederum, so Kerr, gingen in der Massenuniversität leicht unter:

The multiversity is a confusing place for the student. He has problems of establishing his identity and sense of security within it. But it offers him a vast range of choices, enough literally to stagger the mind. [...] The casualty rate is high. The walking wounded are many.⁴⁷

Obwohl Kerr damit eher seine eigene realistische denn normative Einschätzung zum Ausdruck brachte, erzeugte er damit unter den Studenten heftigen Widerstand.⁴⁸ Als wenige Wochen nach Erscheinen des Vorlesungskatalogs die Auseinandersetzungen um die politische Meinungsfreiheit auf dem Campus begannen und sich infolgedessen die erste Massenbewegung an einer Universität, das *Free Speech Movement* (FSM), formierte, waren bereits die Grundlagen für eine fundamentale Kritik an der »technokratischen Universität« gelegt.⁴⁹ Die Vorstellung von der Universi-

45 Zit. in *Californian Monthly*, S. 35. Vgl. auch Heirich, *Beginning*, S. 58.

46 Kerr, *Uses*.

47 Kerr, *Uses*, S. 31f.

48 Kritik an Clark Kerrs Veröffentlichung *Uses of the University* findet sich vor allem bei Draper, *Mind*.

49 Zur Auseinandersetzung an der Universität Berkeley vgl. Kapitel 2.1.1.

tät als »Wissensfabrik«, in der die Studenten als »Rohmasse« betrachtet wurden, stand in Widerspruch zum kritischen Selbstverständnis der Jugend. Sie plädierten für die Erziehung des Studenten zum Staatsbürger und für eine Universität als Ort, der auf die Gesellschaft vorbereitete.⁵⁰ Um auf die Entfremdung der Studenten innerhalb der Massenuniversität aufmerksam zu machen, wurde der Aufdruck der auf dem Campus verwendeten IBM-Karte »Please do not fold, spindle or mutilate me«⁵¹ bei Demonstrationen als Slogan verwendet.

Trotz der verhältnismäßig kurzen Zeitspanne, in der das FSM aktiv war, hatte es fundamentalen Einfluss auf die weitere Entwicklung der Studentenbewegung. Das FSM nahm die Entwicklung an anderen Universitäten des Landes vorweg. Im *Port Huron Statement* nur theoretisch erläutert, wurde *Participatory Democracy* als oberste Leitlinie im *Free Speech Movement* anerkannt und praktiziert.⁵² Gleichzeitig blieb die Kritik des FSM nicht auf die Universität beschränkt. Vielmehr wurden die Strukturen, Hierarchien und Machtverhältnisse an den Universitäten als Spiegelbild der amerikanischen Gesellschaft gesehen.⁵³ Auch nach der Auflösung des FSM zeigte es seine Wirkung: Berkeley sollte im Laufe des Jahrzehnts seinen Status als einer der Brennpunkte der Studentenbewegung behalten.

Mitte der sechziger Jahre gewannen die Proteste gegen den Vietnamkrieg gegenüber der Bürgerrechtsbewegung an Bedeutung und lösten diese bis zum Ende des Jahrzehnts als *formatives* Element ab. Über nationale Grenzen hinaus wurde die Mobilisierung gegen das amerikanische Engagement in Vietnam zum entscheidenden, transnationalen Faktor. Zwar hatte es erste Proteste gegen die amerikanische Politik in Südostasien schon vor 1964 gegeben, doch erst mit dem verstärkten Eingreifen der amerikanischen Truppen in den Konflikt verschärfte sich auch der Protest in den USA.

Bereits mit dem Rückzug der französischen Truppen aus Indochina hatten die USA begonnen, sich in Vietnam zu engagieren, und seit der Teilung des Landes 1954 hatten sie Truppen in Südvietnam – mit Unterstützung des dortigen Militärregimes – positioniert.⁵⁴ Aufständen in den

50 Rede Mario Savios v. 02.12.1964. Vgl. Savio, »An End to History«, S. 230–234.

51 Vgl. Goines, *Free Speech Movement*, S. 397.

52 Vgl. Lustig, »The FSM and the Vision of a New Left«, S. 220.

53 Weinberg »The Free Speech Movement and Civil Rights«, 1965, *FSM Digital Archives*, S. 3, (Zugriff 01.12.2006), online: <<http://bancroft.berkeley.edu/FSM/>>.

54 Vgl. Brown, *War*. Mittlerweile ist in der Literatur kaum noch umstritten, dass der Angriff so nicht stattgefunden hatte. Vgl. Lovevall, *Choosing War*, S. 199f.

ländlichen Regionen folgte die Gründung der *Front National de Libération* (FNL). Unterstützt vom kommunistischen Norden stellten die Guerillakämpfer in den Augen der USA eine Bedrohung für das Gleichgewicht der Kräfte dar. Nach dem Sturz des Diem-Regimes durch einen Militärputsch (an dem die USA nicht unbeteiligt waren) verstärkte die Regierung Kennedys die militärische Präsenz in Vietnam. Doch erst unter Präsident Johnson kam es im August 1964 zum entscheidenden Zwischenfall am Golf von Tonkin,⁵⁵ bei dem ein amerikanisches Feindaufklärerboot von nordvietnamesischen Patrouillenbooten angegriffen wurde und daraufhin ein nordvietnamesisches Boot versenkte. Aus strategischen Gesichtspunkten bot dies die Gelegenheit für die Regierung, stärker in Vietnam einzugreifen.⁵⁶ Tatsächlich gelang es daraufhin der Regierung Johnsons, die Zustimmung des Kongresses für eine Resolution zu erhalten, die es der amerikanischen Regierung ermöglichte, zukünftig alle notwendigen Schritte, auch militärischer Art, zur Unterstützung Südvietnams einzuleiten.⁵⁷ Im März 1965 begannen die ersten Flächenbombardements. Die sogenannte Operation *Rolling Thunder* sollte den Widerstand der FNL brechen und den Nachschub aus Nordvietnam nachhaltig stören. Mit den Flächenbombardierungen wurden auch die Truppen auf dem Boden verstärkt: Die Zahl der Stationierung amerikanischer Soldaten stieg von 23.000 auf 184.300 an. Bis Ende 1967 wurden die Truppenkontingente auf fast eine halbe Million Soldaten erhöht und damit im Vergleich zum Dezember 1965 mehr als verdoppelt.⁵⁸

Die Einschätzung aus Washington, den Konflikt bald beenden und innerhalb der nächsten zwei Jahre einen Truppenrückzug antreten zu können, erwies sich als hoffnungslos optimistisch: Am 30. Januar 1968 wurden die USA von der *Tet-Offensive* der FNL und der nordvietnamesischen Armee überrascht. Militärisch gelang es den USA, den Angriff bis Ende März niederzuschlagen und den Widerstand der FNL nahezu komplett zu brechen, doch in den Augen der Öffentlichkeit kam *Tet* einer schweren Niederlage gleich. Die Regierung hatte ihre Glaubwürdigkeit eingebüßt und Präsident Johnson sah sich dazu veranlasst, bekannt zu geben, dass er für die kommenden Präsidentschaftswahlen nicht mehr zur Verfügung stehen würde. Trotz eines zeitweiligen Bombardierungsstopps nördlich der

55 Kolko, *Anatomy*, S. 120–125.

56 Vgl. hierzu Brown, *War*, S. 55.

57 Ebd.

58 Vgl. die Statistik bei Steininger, *Vietnamkrieg*.

Grenze Südvietnams und der erklärten Gesprächsbereitschaft Nordvietnams scheiterten die *Pariser Verhandlungen*. Im November 1969 ließ Johnsons Nachfolger Nixon – trotz seiner erklärten Absicht, den Krieg bald möglich zu beenden – die Truppen in Vietnam verstärken. In der Folgezeit erschütterten mehrere Nachrichten aus Vietnam die amerikanische Bevölkerung: Das *My Lai Massaker* von 1969, bei dem amerikanische Soldaten Zivilisten barbarisch töteten, der Einmarsch in Kambodscha 1970 und die sogenannten »Weihnachtsbombardierungen« 1972 ließen auf kein baldiges Ende hoffen. Erst 1973 sollten sich die Amerikaner aus Vietnam zurückziehen und damit einen Krieg beenden, der mehr als 58.000 Tote kostete und eine ganze Nation spaltete.

Bis 1964 waren größere Antikriegsproteste noch die Ausnahme,⁵⁹ doch mit Beginn der Flächenbombardierungen gewann die Antikriegsbewegung in den USA an Zulauf.⁶⁰ Im März 1965 erreichte die wachsende Antikriegsbewegung die amerikanischen Hochschulen. Am 24. und 25. März 1965 fand auf dem Campus von Ann Arbor, der Universität von Michigan, das erste *Teach-in* gegen den Vietnamkrieg statt. Mehr als 3.000 Studenten nahmen an den Debatten und Vorträgen teil und in den folgenden Tagen fanden, nicht zuletzt aufgrund des Medieninteresses, an zahlreichen Universitäten ähnliche Veranstaltungen statt.⁶¹ Nur wenige Wochen später fand die bislang größte Antikriegsdemonstration mit einem »Marsch auf Washington für Frieden in Vietnam« statt. Laut der *New York Times* beteiligten sich ca. 15.000 Personen an der Demonstration.⁶² Andere Schätzungen gehen von bis zu 25.000 Teilnehmern aus.⁶³ Hauptträger der Antikriegsdemonstration waren die *Students for a Democratic Society* (SDS), die sich mittlerweile zu einem der wichtigsten Verbände der Bewegung entwickelt hatten.⁶⁴ Auf der Abschlusskundgebung ging der SDS-Vorsitzende

59 Kritische Stimmen vonseiten der Intellektuellen wurden schon zuvor laut, so beispielsweise mit dem *Weekly Reader* von I. F. Stone. Vgl. Stone, *I. F. Stone's Weekly Reader*.

60 Zur frühen Friedensbewegung vgl. ausführlich DeBenedetti/Chatfield (Hg.), *American Ordeal*.

61 Ebd., S. 108.

62 »15,000 White House Pickets Denounce Vietnam War«, in: *New York Times*, 18.04.1965, S. 1.

63 Juchler, *Studentenbewegungen*, S. 57.

64 So v. a. für die erste und zweite Generation der Collegestudenten, denn schon bald nach der explosionsartigen Expansion des Verbandes, zerfiel dieser in Richtungskämpfe. Im Herbst 1969 kam es zur endgültigen Fraktionierung: Vgl. Sale, *SDS*, S. 600–651.

Paul Potter auf die bunte Zusammensetzung der Teilnehmer des Friedensmarsches ein:

What is exciting about the participants in this march is that so many of us view ourselves consciously as participants as well in a movement to build a more decent society. There are students here who have been involved in protests over the quality and kind of education they are receiving [...]; there are Negroes from Mississippi and Alabama who are struggling against the tyranny and repression of those states; there are poor people here [...] who are attempting to build movements that abolish poverty and secure democracy; there are faculty who are beginning to question the relevance of their institutions to the critical problems facing the society.⁶⁵

Obwohl die Antikriegsbewegung in den folgenden Jahren einen wichtigen Platz innerhalb des *Movements* einnahm, verkannten die SDS die Bedeutung und das Mobilisierungspotenzial des Vietnamkriegs. Weil die Studentenorganisation verbandsintern die Befürchtung hegte, zu einer »*Single Issue*«-Organisation degradiert zu werden, blieb der *March on Washington* die einzige Veranstaltung dieser Art, die von ihr als Hauptträger durchgeführt wurde. Stattdessen entstanden zahlreiche Komitees und Vereine außerhalb des größten Studentenverbandes, die gegen den Krieg mobilisierten. Darunter war beispielsweise auch das in Berkeley gegründete *Vietnam Day Committee (VDC)*, dem es im Mai des darauffolgenden Jahres gelang, abermals 10.000 Menschen auf den Campus zu bringen, um – in einer Art *Happening* – gegen den Krieg zu protestieren.⁶⁶ Auch die im Oktober 1968 in Chicago stattfindenden Antikriegstage, die parallel zu der dort tagenden *National Convention* der Demokraten stattfanden, waren zunächst gänzlich ohne offizielle Beteiligung der SDS geplant worden. Hauptorganisatoren waren das neugegründete *National Mobilization Committee to End the War in Vietnam* (Mobe) und die *Youth International Party* (Yippies). In letzter Minute entschlossen sich die SDS, den Aufruf zu unterstützen, nachdem abzu-sehen war, dass die meisten Mitglieder ohnehin teilnehmen würden.⁶⁷ Auch die Verbandsspitze der SDS konnte nicht darüber hinwegsehen, dass Vietnam zu *dem* entscheidenden Thema der zweiten Hälfte der sechziger Jahre geworden war.

65 Potter, »Speech to the April 17, 1965 March on Washington«, in: *Sixties Papers*, S. 220f.

66 Zum VDC vgl. De Groot, »Left, left, left!«, S. 85–100.

67 Siehe zur Diskussion in der SDS die Ausgaben der *New Left Notes* (NLN) 3, Nr. 8, 04.03.1968 und NLN 3, Nr. 23, 29.07.1968 und NLN 3, Nr. 24, 05.08.1968, in: *SDS Papers*.

Während die Bürgerrechtsbewegung und das *Free Speech Movement* in Berkeley den Beginn einer Protestära markierten, war es die 1964/65 entstehende Antivietnamkriegsbewegung, die dafür sorgte, dass sich eine breite Massenbewegung formierte. Die nachrückenden Generationen erlebten schon das Ende ihrer Teenagerzeit unter dem Eindruck turbulenter Aufbrüche. In wachsender Zahl schlossen sich die Studenten Mitte der sechziger Jahre Studentenvereinigungen, politischen Clubs oder Bürgerrechts- und Friedensinitiativen an. Die Ideen der Neuen Linken, die Taktiken der gewaltfreien, direkten Aktionen der Bürgerrechtsbewegung, das militante politische Engagement der Studenten in Berkeley und die Massendemonstrationen gegen den Vietnamkrieg gingen in das kulturelle Gedächtnis der Bewegung ein. 1968 gehörten die erprobten Strategien und Taktiken bereits zum »Repertoire«⁶⁸ der Bewegung – ebenso wie die Erfahrungen von Erfolg und Misserfolg, von Repression und Enttäuschung die weitere Entwicklung der Bewegung bestimmten. Vor diesem Hintergrund muss die politische Radikalisierung der Bewegung in den späten sechziger Jahren beurteilt werden.

1.3 Anfänge und Entwicklung des westdeutschen Protests

Die Entwicklung der Außerparlamentarischen Opposition (APO) in der Bundesrepublik weist sowohl Parallelen als auch Unterschiede zu den angesprochenen Prozessen in der amerikanischen Bewegung auf. Gemeinsam war ihnen der Protest gegen den Vietnamkrieg, der sich im Falle der westdeutschen Bewegung jedoch nicht nur gegen die »imperialistische Politik« der Vereinigten Staaten, sondern auch gegen die Große Koalition in Bonn richtete. Bereits Ende der fünfziger Jahre hatte sich auch in der Bundesrepublik eine Friedensbewegung formiert, die sich zunächst gegen eine Wiederbewaffnung Westdeutschlands richtete. Trägergruppen des Protests waren die von der SPD unterstützte Kampagne »Kampf dem Atomtod« und die Ostermarschbewegung. Letztere rief 1960 zum ersten Mal, angelehnt an das britische Vorbild, zu Demonstrationen gegen die nukleare

⁶⁸ Vgl. Tilly, *From Mobilization*, S. 151ff.

Rüstung auf.⁶⁹ Beide entstanden noch unter der Regierung Adenauer und richteten sich gegen deren Vorstoß, die Bundeswehr mittelfristig mit Atomwaffen auszustatten.⁷⁰ Die Ostermarschbewegung, deren Zulauf im ersten Jahr auf 1.000 Demonstranten begrenzt war, konnte ihre Teilnehmerzahl im Jahr 1963 bereits verzehnfachen und stand mit ihren Aktivitäten im Mittelpunkt der Außerparlamentarischen Opposition.⁷¹ Sie änderte ihren Namen in *Kampagne für Abrüstung* (KfA) und verfolgte das Ziel, neben den pazifistisch und religiös motivierten Ostermarschteilnehmern auch politischen Gruppierungen ein Forum zu bieten.⁷² Die KfA wurde zu einem der ersten Träger der Proteste gegen den Vietnamkrieg. 1966 rief sie zu ihrem jährlichen Ostermarsch mit den Worten auf:

Die Menschheit muss dem Krieg ein Ende setzen, sonst setzt der Krieg der Menschheit ein Ende. Krieg in Vietnam, Krieg um Kaschmir, Kriegsgefahren in anderen Teilen der Welt erinnern an die Wahrheit dieses Satzes.⁷³

Im Dezember des gleichen Jahres warnte das Komitee der KfA umso eindringlicher vor weiteren Menschenrechtsverletzungen und ließ eine zweiseitige Großanzeige in der *Zeit* drucken. Dieser »Appell für den Frieden in Vietnam« sollte an die Moral und – mit Hinweis auf den 2. Weltkrieg – an die Schuld und das Mitgefühl der deutschen Bevölkerung appellieren:

Die USA führen einen Luftkrieg gegen Nordvietnam, in dem sie bereits mehr Bomben als während des Zweiten Weltkrieges über Deutschland abwarfen. [...] Unser dringender Appell richtet sich nicht nur an die für diesen Krieg Verantwortlichen. Er wendet sich in gleichem Maße an die Bürger unseres Landes. Wir dürfen nicht länger hinnehmen, dass die Bundesregierung den Krieg der USA gegen das vietnamesische Volk moralisch unterstützt und dass sie finanziell [...] das diktatorische Regime des General Ky, der Hitler sein Vorbild nennt, fördert.«⁷⁴

Die Parallelen, die zwischen Vietnamkrieg und Zweitem Weltkrieg gezogen wurden, deuten bereits an, auf welche Weise nahezu alle Themen der sech-

69 Otto, *Vom Ostermarsch zur APO*, S. 51–56.; Otto, *APO*, S. 47f. Siehe auch insbesondere das hier abgedruckte 1. Flugblatt der deutschen Ostermarschbewegung in: ders., »Ostermarsch der Atomwaffengegner«, S. 53.

70 Vgl. hierzu ausführlich Küntzel, *Bonn und die Bombe*, S. 32ff.; Rupp, *Außerparlamentarische Opposition*, S. 37ff.

71 Ein interessanter Hinweis für die Identifikation mit der APO liefert die Namensgebung einer späteren Publikation der KfA: *außerparlamentarische opposition. Informationen für demokratie und abrüstung*, hg. v. der Kampagne für Demokratie und Abrüstung.

72 Siehe hierzu die Einschätzung von Thomas, *Protest Movements*, S. 38–41.

73 »Aufruf zum Ostermarsch 1966«, abgedruckt in: Otto, *APO*, S. 105.

74 »Appell für den Frieden in Vietnam«, abgedruckt in: Otto, *APO*, S. 120.